

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 15. September 2022

Vorsitz:	Remo Keller, Einwohnerratspräsident
Anwesend:	34 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt:	Anna Lena Drahts Filomena Hostettler Martin Killias Christoph Nyffeler Thomas Schär Marcel Strebel
Protokollführung:	Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin
Zeit:	19:30 Uhr bis 23:15 Uhr
Ort:	Aula Lenzhard

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Sigrid Schärer (Grüne) und Sofie Kamber (SP)
3. Wahl von 1 provisorischen Stimmzählenden des Einwohnerrats
4. Wahl von 1 Stimmzählenden des Einwohnerrats für den Rest der Amtsdauer 2022/23
5. Wahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2022/25
6. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
7. Budget 2023
8. Aufgaben- und Finanzplanung bis 2027; Kenntnisnahme
9. Ringstrasse Nord, Sanierung Abschnitt Kreisel Hardstrasse - Niederlenzer Kirchweg, 7. + 8. Etappe; Verpflichtungskredit
10. Postulat FDP; Suchtmittelfreie Zone auf Lenzburger Schularealen; Überweisung
11. Dringliches Postulat vom 24. September 2020 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland); Bericht des Stadtrats (gemäss der mündlichen Beantwortung vom 3. Dezember 2020)
12. Postulat Die Mitte, SP, EVP, glp, Lenzburg wird kinderfreundliche Stadt, Bericht des Stadtrats
13. Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gäste. Herzlich Willkommen zurück aus der grossen Sommerpause. Ich hoffe ihr habt alle einen wunderbaren Sommer genossen – das Wetter hat ja mehr als gepasst – und wir sind jetzt wieder bereit für politische Debatten. Heute steht uns eine wichtige Sitzung bevor mit dem ersten Budget und Aufgaben- und Finanzplan des neu zusammengesetzten Stadtrates. Es zeigt sich definitiv, inwiefern ein mehr oder weniger neuer Weg eingeschlagen wird. Wir haben heute die Möglichkeit, diesen zu kommentieren, allenfalls etwas zu justieren und uns darüber zu beraten. Darauf freue ich mich.

Auch die anwesenden Vertreter der Presse heisse ich herzlich willkommen; für den Lenzburger Bezirksanzeiger Fritz Thut und für die Aargauer Zeitung heute zum ersten Mal Michael Hunziker, unterstützt von Eva Wanner. Heute wieder zurück im Lenzhard sitzt Beatrice Räber an meiner Seite und ich danke Marcel Wattinger, dem Ratsweibel, der den Saal wie immer hier eingerichtet hat. Weiter haben wir als Auskunftspersonen Christoph Hofstetter, Stadtschreiber, sowie Marc Lindenmann, Leiter der Abteilung Finanzen und Peter Baumli, den Verwaltungsleiter, findet man im Publikum.

Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind euch rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass trotz ein paar Abmeldungen der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokolle

Das Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2022 ist verschickt worden und sollte bei allen angekommen sein.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 23. Juni 2022, die dem Referendum unterstanden, sind am 2. August 2022 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Wir haben ein Postulat der SP "ein Kronenplatz für alle", eine Anfrage der SVP "Schulabschlussfeier Oberstufen und Repräsentationspflicht der Schulleitung", eine Anfrage von Manuel Silva und Mitunterzeichnende zur Petition der Anwohner Wässermatten, Rennweg und Wiligraben sowie ein Postulat der SVP "Stopp dem Abbau des Service public – für die Weiterführung des physischen Aushangs von Todesanzeigen". Diese Dokumente werden wir im Laufe der Sitzung kopieren und aushändigen.

4. Verabschiedung

Nach der Sitzung vom 23. Juni 2022 hat Franck Robin seinen sofortigen Rücktritt aus dem Einwohnerrat offiziell bekanntgegeben. Das dürfte euch mittlerweile allen bekannt sein, da wir für die GPFK ja ebenfalls eine Neuwahl traktandiert haben. Franck ist seit Januar 2015 als Einwohnerrat für Lenzburg tätig gewesen. Er ist immer sehr engagiert gewesen, was sich auch in der Mitarbeit in diversen Kommissionen und in den letzten Jahren insbesondere als Mitglied der GPFK gezeigt hat. Herzlichen Dank Franck für die wertvolle Unterstützung im Rat, auch wenn du heute bereits nicht mehr anwesend bist. Wir wünschen dir alle nur das Beste.

5. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung habe ich folgende Entschuldigungen erhalten: Marcel Strebel, Martin Killias, Thomas Schär, Christoph Nyffeler, Filomena Hostettler und Anna Lena Drahts. Somit müssten heute 34 stimmberechtigte Einwohnerratsmitglieder anwesend sein.

2 Inpflichtnahme Sigrid Schärer (Grüne) und Sofie Kamber (SP)

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ich bitte beide, vor den Rat zu treten. Beatrice Räber wird die Eidesformel vorlesen und beide dürfen das Gelübde ablegen mit den Worten "Ich gelobe es." Den Rat bitte ich, für diesen Akt aufzustehen.

Beatrice Räber: Ich lese diese Worte jetzt vor, ihr antwortet dann mit "Ich gelobe es".

"Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Sigrid Schärer (Grüne): Ich gelobe es.

Sofie Kamber (SP): Ich gelobe es.

3 Wahl von 1 provisorischen Stimmzählenden des Einwohnerrats

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ihr seht es, hier vorne ist es ein bisschen einsam neben Beat Hiller. Damit wir die beiden Wahlen, welche als Traktandum 4 und 5 traktandiert sind, auch ordentlich durchführen können und genügend Stimmzählende haben, bräuchten wir eine provisorische Stimmzählende für den heutigen Abend respektive für die beiden Geschäfte. Ich habe Corinne Horisberger vor der Sitzung angefragt, ob sie sich hierfür bereiterklären würde, was sie gemacht hat. Wenn niemand etwas dagegen hat, bestätigen wir dies doch mit einem Applaus. Vielen Dank für deine Bereitschaft, Corinne.

4 Wahl von 1 Stimmzählenden des Einwohnerrats für den Rest der Amtsdauer 2022/23

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Somit können wir direkt einsteigen in das erste richtige Geschäft, nämlich die Wahl einer fixen stimmzählenden Person des Einwohnerrats für den Rest der Amtsdauer 2022/2023. Die offiziellen Wahlvorschläge haben wir am 5. September 2022 zugestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt sind keine Vorschläge für diese Wahl im Ratsbüro eingegangen. Ich frage deshalb heute in den Rat, ob es allenfalls Wortmeldungen oder Vorschläge gibt.

Anja Kroll (Grüne): Wir haben eine Weile gebraucht, um uns zu sortieren. Wir sind ja auch eine sehr junge Fraktion und haben jetzt aber gesehen, dass wir

die Verantwortung tragen wollen. Wir schlagen Regula Züger vor als neue Stimmzählerin, um in die Schuhe von Lukas zu treten.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Vielen Dank. Hiermit liegt ein offizieller Wahlvorschlag vor, nämlich Regula Züger. Ich frage an dieser Stelle, ob es hierzu Wortmeldungen oder weitere Vorschläge gibt. Ich sehe, dass alle bereits fleissig den Namen aufschreiben, damit man ihn nicht vergisst. Dann dürft ihr, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, den ersten Stimmzettel entsprechend ausfüllen.

Abstimmung

Als Stimmzählerin für den Rest der Amtsdauer 2022/2023 wird bei 34 eingereichten Stimmzetteln und 33 gültigen Stimmzetteln sowie einem absoluten Mehr von 17 mit 33 Stimmen gewählt:

- Regula Züger (Grüne)

5 Wahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2022/25

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ich schlage vor, dass wir effizient weitermachen und zwar muss ich mich hier für einen kleinen formalen Fehler in der Traktandenliste entschuldigen. Es ist hier nicht die Amtsdauer, wie in der Traktandenliste und dem Wahlzettel steht, sondern es ist die Wahl für den Rest der Amtsperiode, welche natürlich bis 2025 geht. Die anderen GPFK-Mitglieder sind ja auch an der ersten Sitzung dieses Jahrs für vier Jahre gewählt worden – dies noch zur Präzision. Ich hoffe dies verwirrt niemanden und ändert den Wählerwillen von jemandem nicht, weil es in der offiziellen Traktandenliste falsch aufgeführt ist. Sonst müsste man das melden, dann würden wir die Wahl neu traktandieren für die nächste Sitzung. Aber ich denke, das funktioniert so. Wir wählen nun ein Mitglied für die GPFK für den Rest der Amtsperiode 2022 bis 2025. Hier ist der Vorschlag der SP-Fraktion eingetroffen, dass wir Ivanka Basic wählen. Gibt es hierzu Wortmeldungen oder weitere Vorschläge? Wenn dies nicht der Fall ist, darf man jetzt den grünen Wahlzettel ausfüllen.

Abstimmung

Als Mitglied der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022 bis 2025 wird bei 34 eingereichten und 33 gültigen Stimmzetteln sowie bei einem absoluten Mehr von 17 mit 33 Stimmen gewählt:

- Ivanka Basic (SP)

6 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Sprecherin der Einbürgerungskommission ist Julia Mosimann (SP): Immer wieder kommen wir im Einwohnerrat zur Abstimmung und zur Frage, ob wir diesen Personen das Gemeindebürgerrecht erteilen und ihnen somit den Schritt zum Schweizer Pass ermöglichen möchten. Das ist eine Frage mit Verantwortung, bei welcher wir schlussendlich auch ein bisschen über die Zukunft dieser Menschen entscheiden. In unseren Einwohnerratsunterlagen stehen in der Regel nicht mehr als der Name und zwei bis drei Zusatzinformationen der Personen, anhand von welchen wir uns ein Bild von ihnen machen müssen. Wir von der Einbürgerungskommission haben die Aufgabe, am Schluss mit diesen Menschen, diesen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern, ein Gespräch zu führen und mehr über sie zu erfahren. Um hinter diese Worte und Sätze schauen zu können, welche uns in den Einwohnerratsakten zugestellt worden sind. Ich finde das eine schöne und wertvolle Aufgabe, dass ich mit meinen Kommissionsmitgliedern diese Personen im Vorfeld kennenlernen und dieses Gespräch führen darf. Diese Gespräche sind jedoch immer auch mit einer gewissen Vorbereitung verbunden. Wir lesen diverse Dokumente durch, versuchen uns bereits ein Bild von der Person zu machen und bereiten unseren Fragekatalog vor. Für mich ist dies nicht ein Abarbeiten eines Standardkatalogs. Mein Ziel ist es am Schluss, dass ich individuell auf diese Personen eingehen kann und ihnen ihre Persönlichkeit entlocken kann. Ich möchte wissen, wer wirklich vor mir sitzt, was sie für eine Geschichte haben, was erzählen sie mir, weshalb sind sie in der Schweiz und was schätzen sie bei uns im Land. Worin bestehen eventuell Unterschiede und anhand dessen können wir ein Gespräch führen. Wir betonen auch immer wieder, dass das ein Gespräch ist und es soll kein Test sein, bei welchem man einfach mit ja und nein bzw. richtig und falsch antworten kann. Was bei diesem Gespräch jeweils herauskommt, ist immer sehr spannend und bereichernd. Etwas, was mir immer wieder auffällt, ist die Antwort auf die Frage zu den Unterschieden zwischen dem Heimatland und der Schweiz. Ganz häufig fallen hier vier Stichworte: die Sauberkeit, die Ordnung, die befahrbaren Strassen und die Meinungsfreiheit. Für uns sind diese vier Sachen in der Regel selbstverständlich. Es ist klar, dass sich bei uns auf den Strassen kein Abfall türmt. Es ist klar, dass wir den Abfall

trennen und dass bei uns Mülldeponien existieren, die alles organisieren, sodass alles läuft. Es ist klar, dass unsere Strassen, wenn einmal ein Defekt besteht, repariert werden. Für das sind wir ja auch hier und stimmen darüber ab. Der Bahnhofstrasse beispielsweise geht es im Vergleich zu vielen Strassen im Ausland noch relativ gut und trotzdem investieren wir hier Geld. Es ist für uns auch normal, dass wir unsere Meinung äussern und mitteilen dürfen, zu was wir stehen. Dass wir uns in politische Prozesse einmischen dürfen und wir ein gewisses Mitspracherecht haben. Für mich ist das immer wieder eine Erinnerung daran, dass wir das nicht als selbstverständlich ansehen dürfen, dass wir das schätzen sollten und uns immer wieder in Erinnerung rufen müssen. Für mich ist es deshalb immer wieder eine Bereicherung und gewissermassen auch eine Horizonterweiterung, wenn ich das Gespräch mit diesen vielen verschiedenen Menschen führen darf, ihrer Geschichte zuhören und ihre Sicht auf die Welt und vielleicht auch auf die Schweiz erfahren darf. In diesem Sinn vielen Dank, dass auch Sie uns etwas auf den Weg mitgeben. Wir von der Einbürgerungskommission empfehlen, allen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern das Gemeindebürgerrecht zu erteilen. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Vielen Dank Julia. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesen Gesuchen? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann kommen wir zur Abstimmung.

Einwohnerratspräsident Remo Keller erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmungen

Der Einwohnerrat beschliesst mit 31 Ja-Stimmen zu 3 Enthaltungen, über alle Gesuche in Globo abzustimmen. Mit 25 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschliesst der Einwohnerrat, dass eine offene Abstimmung durchgeführt wird.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Dies bedeutet, dass ich die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller bitten muss, den Saal zu verlassen. Wir werden Sie nach den Abstimmungen wieder in den Saal holen, um die Resultate zu verkünden.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 27. Juli 2022 wird in offener Abstimmung das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert:

- a. Rory Clinton Dickman, geboren am 31. Dezember 1969, Staatsangehöriger der USA. Die Zusicherung erfolgt mit 32 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

- b. Edda Reuter, geboren am 22. Dezember 1965, Staatsangehörige von Deutschland. Die Zusicherung erfolgt mit 33 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.
- c. Giovanna Romano Cavallo, geboren am 2. Juni 1991, Staatsangehörige von Italien. Die Zusicherung erfolgt mit 33 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.
- d. Andreas Gall, geboren am 9. Juli 1979, Staatsangehöriger von Deutschland. Die Zusicherung erfolgt mit 33 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.
- e. Wing Hong Zee, geboren am 11. Dezember 1958, Staatsangehöriger der Volksrepublik China, zusammen mit seiner Ehefrau Lai lok Chan, geboren am 15. August 1963, Staatsangehörige von Portugal. Die Zusicherung erfolgt mit 32 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Somit haben alle Personen den ersten Schritt auf dem Weg zur Einbürgerung erfolgreich gemacht. Der Einwohnerrat sichert allen diesen Personen das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zu und der Prozess kann weitergehen. Herzliche Gratulation.

7 Budget 2023

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Hinter diesem kurzen Titel "Budget 2023" steckt ein relativ grosses, detailliertes und - wie ich finde - ein sehr interessantes Werk. Wie gewohnt werden wir zuerst im Rahmen einer Eintrittsdebatte allgemein über das Budget sprechen, danach gehen wir das Budget in der Detailberatung Schritt für Schritt durch. Ich bitte also, konkrete Änderungsanträge erst in der Detailberatung im entsprechenden Kapitel zu stellen, damit alle Anwesenden der Beratung gut folgen können und dass es keine Verwirrung gibt. Die Eintrittsdebatte wird wie gewohnt vom Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission eröffnet.

Francis Kuhlen (GPFK): Zuerst muss ich mich entschuldigen. Ich hoffe Sie verstehen mich, ich habe gestern Abend in einer Chorprobe des Musikvereins meine Stimme strapaziert. Es ist jetzt schon ein bisschen besser. Heute Morgen ist gar nichts gekommen und ich habe schon überlegt, wie man dieses Votum

starten kann. In der mathematischen Statistik gibt es den Begriff "Konfidenzintervall". Es ist eine Plus-Minus-Zahl, die die Präzision der Lageschätzung eines Parameters angeben soll. Wenn es den Begriff Konfidenzintervall auch für die Beurteilung des Budgets 2023 gäbe, dann kann man sagen, dass der Stadtrat uns ein ausgeglichenes Budget bei gleichbleibendem Steuerfuss präsentiert, allerdings mit einem Konfidenzintervall unbekannter Höhe. Das wird alle freuen, die mit dem aktuellen Steuerfuss der Stadt Lenzburg leben können und welche die Leistungen der öffentlichen Hand in Lenzburg im Sinne von Aufwand und Ertrag schätzen. Für diejenigen, die eine Steuerfussreduktion erwarten, klingt dies weniger gut. Wenn ich noch die Finanzplanung betrachte, dann werden diese Bürgerinnen und Bürger noch etwas länger warten müssen auf eine diesbezügliche, positive Nachricht. Ein ausgeglichenes Budget ist grundsätzlich positiv und mit Recht können wir den Stadtrat dafür loben. Am Informationsanlass hat auch Andreas Schmid als Ressortvorsteher Finanzen betont, dass dies das Resultat von harter Arbeit ist. Es hat nämlich bedingt, einen ursprünglichen Gap - auf Neudeutsch - von 4,9 Millionen zum Verschwinden zu bringen. Nun löst eine solche, mit Stolz vorgetragene Aussage bei einem alten Fuchs wie mir natürlich einige Fragen aus. Die wichtigste: Wie ist dieser Gap geschlossen worden? Oder welche sind die wichtigsten Positionen, die gestrichen worden sind, um so den Aufwand an die Einnahmen anzugleichen. Und siehe da: Die grösste Position von nahezu 1,5 Millionen ist nicht ein Verzicht, sondern eine Erhöhung von den geschätzten Steuereinnahmen auf der Einnahmeseite. Das könnte zu der Annahme führen, dass der Konfidenzintervall vom Budget ziemlich gross sein könnte. Allerdings wurde der ursprüngliche Gap bewusst auch eher gross angelegt, da man zu Beginn des Budgetprozesses traditionell mit einer sehr konservativen Schätzung zu den Steuereinnahmen startet, bis die Kantonale Steuerverwaltung ihre Einschätzung mitteilt. In der Annahme, dass die Kantonale Steuerverwaltung seriöse Arbeit leistet, ist diese Erhöhung um 1,5 Millionen also durchaus gerechtfertigt. Die übrigen 3,4 Millionen sind eliminiert durch den Verzicht von mehreren fünf- bis sechststelligen Beträgen für Positionen, auf welche der Stadtrat entschieden hat im Jahr 2023 zu verzichten. Ihr merkt, dass ich bewusst nicht von Einsparungen spreche, weil im Gegensatz zu unserem Sparkonto die Politik dann von "Sparen" spricht, wenn sie das Geld, das sie nicht hat, nicht ausgibt. Wir haben in der GPFK den Eindruck, dass diese Unterschiede auf Verzicht seriös erarbeitet worden sind und nicht mit einem ausserordentlich hohen Risiko behaftet sind. Eine grosse Position auf der Einnahmeseite hat aber eine Diskussion ausgelöst. Das ist die Dividende von 1,5 Millionen der SWL. Das entspricht der Eigentümerstrategie der Stadt Lenzburg. Sie sieht eine jährliche Abgabe zwischen 1,2 bis 1,5 Millionen vor. Die Frage der GPFK richtet sich nach der Tragfähigkeit für die SWL mit Blick auf die Verwerfungen, die momentan im Energiemarkt vorhanden sind und der damit verbundenen Risiken. Der Stadtrat sieht da vor allem zwei Herausforderungen. Im Jahr 2023 ist es die Liquidität für einen Einkauf, zusammen mit dem Gasverbund Mittelland, von Speicherkapazität in Frankreich. Im Jahr 2024 mit den Konditionen für den Einkauf von elektrischer Energie. Das hat momentan auf die Ertragslage im 2022 keinen näheren Einfluss. Das heisst also, dass die Herausforderungen im Geschäft vom Jahr 2022 noch nicht greifen und damit scheint die Dividende für das Jahr 2023 zumindest gesichert.

Ob dann mit Blick auf die strategische Weiterentwicklung der SWL im Frühling 2023 die volle Ausschüttung Sinn macht, steht auf einem anderen Blatt. Die Höhe von Dividenden wird insbesondere unter Berücksichtigung der notwendigen Investitionen für die Zukunft von Unternehmen festgelegt. Diese könnten sich in nächster Zukunft ziemlich ändern. Das Budget von einer Stadt oder Gemeinde besteht grundsätzlich aus drei Elementen. Erstens Investitionen, die sind grundsätzlich beeinflussbar. Zweitens, die gesetzlich festgelegten Ausgaben; ich glaube Andreas hat sie "Zwangsausgaben" genannt, beispielsweise Sozialleistungen, und drittens Personalkosten. Diese sind über den Personaletat und über die Höhe der Saläre beeinflussbar. Geplante Investitionen sind aus dem Finanzplan nicht ersichtlich. Wenn ich im Finanzplan die wichtigsten Positionen mit den Schulbauten und dem Bahnhofplatz betrachte, dann relativiert sich die Beeinflussbarkeit ziemlich drastisch. Kommen wir nun zum Personal, mit dem Plan von einer beträchtlichen Aufstockung des Personaletats. Da ist sich die GPFK einig mit der überaus positiven Würdigung einer erfreulichen Neuerung in den Unterlagen zum Budget. Die Begründung und organisatorische Einordnung der Stellerweiterung sind wertvolle Informationen, die im Vorfeld bereits die meisten Fragen beantwortet haben. Ich habe noch nie eine Erhöhung des Personaletats in diesem Ausmass erlebt und ich bin erstaunt gewesen, wie schnell die Diskussion in der GPFK erschöpft war. Dass die GPFK weniger kritisch geworden ist, stelle ich heute vehement in Ablehnung. Einige Stellen werden mit den Legislaturzielen des Stadtrats begründet. Meines Wissens ist auch das ein Novum. Die Frage ist, ob jede neue Legislatur so zu neuen Stellen führen wird. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob der Stadtrat auch jeweils überlegt, auf welche Aufgaben verzichtet werden kann, da sie nicht mehr aktuell sind, und sich so Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in neuen Gebieten weiterentwickeln können. Ein Verbesserungsvorschlag haben wir aber doch noch, bei aller positiver Würdigung. Bei neu geschaffenen Stellen, wie beispielsweise der Umweltfachstelle, wollen wir Anträge unbedingt mit einem Stellenprofil und einem Anforderungsprofil für die gesuchte Fachperson ergänzt haben. Besonders in so einem umfangreichen Bereich wie der Umwelt, ist das Setzen der richtigen Prioritäten absolut unabdingbar. Diese Prioritäten müssen im Stellenprofil abgebildet sein. Künftige Anträge sollten nicht mehr Anlass zum Ausdruck, der gefallen ist, eierlegende Wollmilchsau, geben. Soweit unsere generelle Beurteilung des Budgets 2023 der Stadt Lenzburg. Ich denke, dass es dem neuen Stadtrat gelungen ist, ein Budget vorzulegen, welches überzeugt und bei welchem wir aus heutiger Sicht kein grösseres Risiko identifiziert haben. Wir danken den Leiterinnen und Leitern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanz- und der gesamten Stadtverwaltung für die immense Arbeit, die sie an den Tag gelegt haben und für die Sorgfalt. Wir danken dem Stadtrat für die wohlüberlegten Entscheide und die Gesamtpräsentation. Die GPFK empfiehlt einstimmig die Annahme des Budgets 2023.

Dann habe ich noch eine kurze Bemerkung, bei welcher ich dem Präsidenten widerspreche. Ich hoffe er nimmt mir dies nicht übel. Nachdem das Protokoll der GPFK Sitzung den Fraktionen verteilt worden ist, muss man sich überlegen, ob man eine kapitelweise Detailberatung noch möchte.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Vielen Dank für die sehr ausführlichen Voten, die du bereits zum Budget getan hast. Aber auch der ganzen GPFK möchte ich danken für die intensive Auseinandersetzung mit diesem Werk, wo sie uns im Rat ja allen immer ein bisschen Arbeit abnehmen respektive uns ein besseres Gefühl geben, wenn wir einsteigen, in dem Wissen, dass sich neun Personen bereits intensiv und fundiert mit diesem Werk auseinandergesetzt haben. Ich nehme den Hinweis gerne auf respektive interpretiere, dass mindestens aus GPFK-Sicht anschliessend nicht mehr viele Themen kommen werden. Ich würde jetzt aber die Eintrittsdebatte weiterführen wollen, somit ist das Wort offen für alle, die noch grundsätzliche Bemerkungen haben.

Michael Häusermann (SVP): Namens der SVP-Fraktion danke ich dem Stadtrat sowie den involvierten Personen der Verwaltung für das Erstellen des Budgets 2023. Wir haben es lange und intensiv diskutiert, gerade weil es ein Budget ist, welches ausgeglichen daherkommt, aber auch Höhen und Tiefen hat. Wie bereits in den Vorjahren befürworten wir ein Budget auf einer Basis eines unveränderten Steuerfusses von 105 %. Wir rechnen das dem Stadtrat positiv an und danken ihm dafür, dass er ausgehend von einem Budget mit einem Negativergebnis von knapp 5 Millionen jetzt nach mehreren Lesungen – wie Francois vorher bereits erwähnt hat – ein Budget vorlegt, welches ausgeglichen ist und sogar ein positives Gesamtergebnis vorsieht. Wir hoffen ganz einfach, dass das Gesamtergebnis 2023 am Ende auch wirklich positiv herauskommt. Denn aufgrund der aktuellen Weltlage ist das alles andere als sicher, zumal die Verbesserungen gegenüber der ersten Lesung nicht aufgrund von generellen Einsparungen und zurückgestellten Investitionen geschehen ist, sondern eben zu gut einem Drittel auf der erwarteten Zunahme der Steuererträge. Wir haben bekanntlich das Jahr 2021 trotz dem massiven Abschreiber positiv abgeschlossen. Das aber nur, weil wir Investitionen vertagt haben. Das holt uns jetzt ein, was auch absehbar war. Wir investieren sehr viel Geld in unsere Infrastruktur, das ist richtig so, aber man muss es halt immer wieder erwähnen. Wenn man 5 Millionen in die zweite Etappe des Schulhauses Mülimatt steckt, so ist das viel Geld, wobei die meisten Einwohnerinnen und Einwohner ja eigentlich gar nichts davon haben. Aber eine gute Schulinfrastruktur ist wichtig und sie ist auch richtig. Wovon bereits mehr Personen profitieren können, ist die Investition von knapp 2 Millionen Franken für die Sanierung der Bahnhofstrasse. Auch das ist ein grosser Brocken, wobei wir gerade mit der Bahnhofstrasse eine sehr schöne und wichtige Verkehrsverbindung bekommen, worauf ich mich besonders freue. Aber auch das Garderobengebäude der Wilmatten soll aufgebessert werden. Auch für das haben wir ja gestimmt und stehen dahinter. Lenzburg will im Jahr 2023 knapp 8 Millionen investieren und hinter dieser Investitionszahl steht die SVP. Dass sich der Stadtrat eine Selbstfinanzierung von über 5 Millionen bei den erwähnten Investitionen zum Ziel gesetzt hat und die auch erreicht, begrüssen wir. Leider können wir nicht alles sofort finanzieren, geplante Investitionen können nur zu 44,3 % aus eigenen Mitteln finanziert werden, was automatisch höhere Schulden bedeutet. Das ist

natürlich unschön, aber grössere Investitionen ziehen halt meistens auch eine momentane Verschuldung mit sich. Das ist beispielsweise bei einem Hausbau nicht anders. Dass eine höhere Verschuldung eintritt, haben wir gewusst. Das ist keine Überraschung mehr, sondern es ist ganz einfach ein Eintreffen vom zu erwartenden Schuldenanstieg. Das Betriebsergebnis, also das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit, ist erneut im Minus und hier hat die SVP weniger Freude. Ein Defizit von 3,023 Millionen ist budgetiert. Hiermit gewinnen wir einfach keine Rosen. Es tönt schön, dass der Stadtrat eine Verbesserung in diesem Bereich prüft, aber mit der Prüfung alleine ist eben noch nichts erreicht, sondern die Resultate zählen respektive Resultate würden zählen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich die Mehrbelastung der nicht beeinflussbaren Ausgaben, wie beispielsweise die Pflegefinanzierung oder Restkosten der Sonderschulen, erhöht haben. Das sind halt einfach Auswirkungen einer verfehlten Politik einer politischen Mehrheit auf Stufe Kanton und Bund, welche die Gemeinde ausbaden muss. Was die Dividende von 1,5 Millionen Franken der SWL anbelangt, ist es immer noch so, dass wir einerseits für das Budget froh sind, wenn wir diese 1,5 Millionen erhalten und das aber auf der anderen Seite letztendlich Gelder sind, welche wir den Strom-, Gas- und Wasserbeziehenden aus der Tasche ziehen. Hoffen wir einfach, dass der veranschlagte Betrag auch wirklich eintritt. Im Energiemarkt ist derzeit so vieles im Unklaren, dass es auch noch unliebsame Veränderungen geben könnte. Kommen wir zum Personal-ausbau, was eigentlich das prägendste ist des Budgets 2023. 1'018 Stellen-prozente oder anders ausgedrückt 10,18 zusätzliche Stellen beantragt der Stadtrat uns als Parlament. Bei dieser Zahl mussten wir zwei Mal schlucken. Es ist ja kein Geheimnis, dass ein Stellenausbau für uns stark dosiert sein sollte und die Notwendigkeit gut begründet sein muss. So führt die jüngste Entwicklung wahrhaftig nicht zu Freudensprüngen, auch wenn wir anerkennen, dass wir für einmal deutlich mehr Informationen zu den einzelnen Stellen erhalten haben, als in der Vergangenheit. Diese Zusatzinformationen, da kann ich mich meinem Vorredner anschliessen, befürworten wir ganz gross. Für dies sagen wir wirklich Dankeschön und wir gehen davon aus, dass es uns in Zukunft weiterhin in dieser Art und Weise präsentiert wird. Besten Dank. Diese 10,18 Stellenprozente haben bei uns aber viel zu diskutieren gegeben, deshalb ist diese Sitzung so lange geworden. Das Argument des Stadtrats, dass die Hälfte der Stellen für den regionalen Betrieb ist, hat uns auch nicht stark überzeugt. Auch regionale Stellen sind letztlich öffentliche Stellen und auch diese werden mit Steuergeldern finanziert. Die Belastung ist einfach ein bisschen weiter abgestützt, so zahlen zum Beispiel beim Zivilstandsamt einfach noch andere Gemeinden daran. Wir haben diese Stellen intensiv besprochen, was Andreas Schmid bezeugen kann, da er bei uns zu Besuch war. Wir sind in einem Dilemma gestanden, da wir einerseits neue, zusätzliche Stellen haben, welche gerechtfertigt sind, hinter welchen wir stehen und die unbestritten sind, und andererseits dachten wir auch, dass der Stadtrat ja neu zusammengestellt ist und dieser eine Chance erhalten sollte, um seine Ideen umzusetzen. Schade ist hier jedoch, dass der Stadtrat für diese Umsetzung, wenn er diese koppelt mit den Legislaturzielen, dies hauptsächlich mit dem Mittel des Personal-ausbaus erreichen möchte. Eine Verzichtauflistung haben wir keine gesehen. Wir hoffen nicht, dass wir inskünftig bei jedem Legislaturbeginn mit einem solchen Stellenausbau konfrontiert werden. Was natürlich eher früher als später

auch auf den Stellenplan schlägt, das muss auch einmal gesagt werden, ist das Resultat der Klimaveränderungs- und Umweltwünsche, welche hier im Rat eine Mehrheit finden. Das ist eine demokratische Sache. Das Schlussfazit bei uns im personellen Bereich ist das, dass wir dem Stadtrat diese Chance eigentlich geben möchten, mit dieser massiven Aufstockung arbeiten zu können. Gleichzeitig steht der Stadtrat damit für uns aber auch in der Schuld, einen entsprechenden Mehrwert und nicht nur Mehrkosten zu erzielen. Womit wir gar nicht einverstanden sind, und das hat der Vorredner auch schon ein bisschen gesagt, ist die Vorgehensweise der 70 % Umweltfachstelle und bei der betrieblichen Schulleitung. In beiden Fällen werden einmal mehr zuerst Stellenprozente beantragt, bevor klar definiert ist, was diese Person genau für Aufgaben hat, weil ein Anforderungsprofil dafür nötig ist und bevor ein klarer Bedarf für diese Stelle nachgewiesen wird. Eine Vorgehensweise, die wir absolut nicht nachvollziehen können. Für uns ist es undenkbar, dass man in der Privatwirtschaft so vorgehen würde. Wir kommen in der Detailberatung nochmals hierauf zurück. Ein weiterer Punkt, was das Personelle anbelangt: Es stört uns ebenfalls, dass der Stadtrat 2 % Teuerungsausgleich für sämtliche Mitarbeitende und 0.5 % für individuelle Lohnanpassungen beantragt. Selbstverständlich ist auch uns nicht entgangen, dass wir eine Inflation haben und wir alle, vor allem für den Bezug von Energie, höhere Ausgaben haben als in der Vergangenheit. Aber wir vermissen in dieser kommenden, schwierigen Zeit eine gewisse Solidarität und eine gewisse Zurückhaltung zwischen den Angestellten im öffentlichen Dienst und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft. Ich habe diese Diskrepanz zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft bereits in der Coronazeit erwähnt. Mitarbeitende im öffentlichen Dienst, da gehöre ich auch dazu, dass das auch klar gesagt ist, profitieren von einer ausserordentlichen Arbeitsplatzsicherheit. Ebenso müssen sie keine Konkurrenz befürchten von anderen Verwaltungen. Kein Mitarbeiter einer Finanzverwaltung oder eines Steueramts muss um seinen Arbeitsplatz bangen, da er wegrationalisiert wird oder weil sein Arbeitgeber die Energiekosten nicht mehr zahlen kann, respektive weil es schwierig ist, diese Kosten auf das Produkt zu überwälzen. Ganz anders ist das Handwerk bei der Dienstleistung oder im Gewerbe. Stellen Sie sich eine Bäckerei vor im Herbst/Winter 2022. Das Bäckereigewerbe, welches ich ganz einfach als systemrelevant einstufen würde, hat innert wenigen Monaten doppelte Energiekosten zu tragen und die enorme Teuerung der Produktion können sie nicht einfach auf das Brot und die Backwaren übertragen. Wer wäre bereit, für ein Kilogramm Ruchbrot 7 Franken zu zahlen? Wahrscheinlich niemand. Dieses kleine Beispiel zeigt auf, dass im Gewerbe und in der Privatwirtschaft reelle Existenzängste vorhanden sind und dass diese Arbeitgeber sicher nicht den Angestellten noch vor dem Eintreten dieser Energierechnungen eine Lohnaufbesserung von 2 % gewähren können. Wir werden uns deshalb bei der Detailberatung dort auch nochmals melden. Noch kurz zum Steuerertrag: Die veranschlagten Steuereinnahmen von 28,725 Millionen bei den natürlichen Personen erscheinen uns gar optimistisch. Wir sind nicht überzeugt, dass die aktuelle Lage und die zusätzlichen Abzüge des neuen Steuergesetzes diesen Steuerertrag zulassen. Was wir zudem als "Tatsache mit hohem Risiko" sehen, ist die ungünstige Steuerstruktur in Lenzburg, da lediglich 10 % der Steuerzahlenden für über 50 % vom Steuer-substrat der natürlichen Personen verantwortlich sind. Aber mit Blick in die

Vergangenheit, wo der budgetierte Steuerertrag doch immer wieder erreicht oder übertroffen werden konnte, geben auch wir dem neuen Steueramtsvorsteher und dem neuen Ressortvorsteher Finanzen die Chance, sich zu beweisen, und wir freuen uns, wenn die budgetierten Zahlen auch tatsächlich erreicht werden. Ich komme zum Schluss: Das Budget 2023 ist hauptsächlich geprägt von einem massiven Stellenausbau, so wie wir ihn meines Wissens noch nie gehabt haben. Das birgt Risiken, wir sind jedoch bereit, dem neuen Stadtrat einen gewissen Spielraum zu geben; wir möchten jedoch an 2-3 Orten noch eine kleine Abschwächung sehen, wenn es dann zu einem einstimmigen ja von uns kommen soll. Hätten wir das nicht, so kann es sein, dass die eine oder andere Nein-Stimme oder Enthaltung aus unserer Reihe kommt. Wir treten auf das Budget ein. Besten Dank.

Philippe Minnig (FDP): Gerne möchte ich als erstes unserem Stadtrat danken, dass sie es geschafft haben, in diesen schwierigen Zeiten ein doch ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Unter welchen Umständen haben wir bereits gehört. Einen speziellen Dank möchte ich an dieser Stelle auch Marc Lindenmann aussprechen, unserem Leiter der Abteilung Finanzen. Vielen Dank Marc, dass du dieses Ressort so umsichtig und professionell führst. Als Mitglied der GPFK kann ich bestätigen, dass die Aufgabenbewältigung umso einfacher ist, wenn die Daten so gut aufbereitet sind. Gerne möchte ich mich kurzhalten und ich gehe an dieser Stelle deshalb nur auf zwei grundsätzliche Punkte ein. Erstens: Ein Blick auf unsere Einnahmen hat gezeigt, wir haben diese Zitrone langsam aber sicher ausgepresst. Das Lenzburger Wachstum der letzten Jahre müssen wir konsolidieren. Wir haben in der jüngsten Vergangenheit gesehen, dass die Ernte nicht immer gleich üppig ausfällt. In starken Jahren sollten wir ein wenig für die schwachen vorsorgen, sprudelnde Geldquellen wie die Dividende der SWL kommen aktuell sehr stark unter Druck und können auch einmal abebben oder tatsächlich vorübergehend oder ganz versiegen. Sobald wir strukturell auf einem zu hohen Niveau auf Einnahmen angewiesen sind, ist man vielleicht schnell versucht, solch einen Ausfall via Erhöhung des Steuerfusses zu kompensieren und da möchte ich ganz klar den Mahnfinger erheben und in Erinnerung rufen, dass wir uns in dieser Hinsicht im kantonalen Vergleich im Mittelfeld tummeln. Die Zahlen vom Kanton zeigen, dass wir kurz nach dem 70. Rang der 200 Einwohnergemeinden sind. Wenn wir als Wohnort attraktiv bleiben möchten, ist dies eben ein Faktor, welchen wir ein Stück weit berücksichtigen sollten. Zweitens: Bereits in der Einleitung zum Budget ist geschrieben, dass es eine deutliche Mehrbelastung aufgrund nicht beeinflussbarer Ausgaben gibt. Wir nehmen das halt kritisch zur Kenntnis, müssen aber die Betrachtungsweise kehren und vor allem sehr genau auf das schauen, was wir beeinflussen können und was nicht gegeben ist. Dort müssen wir dafür sorgen, dass wir selbst nicht ein strukturelles Problem schaffen, wo wir mit jedem Jahr mehr unbeeinflussbare Ausgaben selbst schaffen. Gemäss Aufgaben- und Finanzplan verfehlen mir mittelfristig das Ziel der Schuldenstabilisation beziehungsweise des Schuldenabbaus. Wir nähern uns stattdessen innert 5 Jahren der vom Kanton als möglicherweise problematisch beurteilten Obergrenze der Schulden pro Einwohner. Wir fragen uns, was eigentlich in den Jahren nachher geschieht, es geht ja einfach weiter und wir erkennen ein potenzielles Problem heute schon. Je früher wir einen strengen Blick auf unsere

selbst gesteuerten Ausgaben werfen und je eher wir mit der harten Arbeit anfangen, umso mehr schaffen wir es auch, positiven Einfluss darauf zu nehmen. Die Fraktion der FDP stimmt dem Antrag des Stadtrats geschlossen zu.

Chantal Toker-Bieri (GLP): Die GLP-Fraktion freut sich über dieses positive Gesamtergebnis von 3,9 Millionen trotz Zunahme des betrieblichen Aufwands. Das Betriebsergebnis sieht mit -3 Millionen nicht ganz so rosig aus, es beinhaltet aber auch eine deutliche Zunahme an nicht beeinflussbaren Ausgaben, wie wir gehört haben, an den Kanton in der Grössenordnung von 574'000 Franken. Es stehen grosse Investitionen an, darum ist es nicht wirklich überraschend, dass der Selbstfinanzierungsgrad niedrig ist, mit 44,3 % sogar sehr niedrig. Es ist sicher unbestritten, dass dieser längerfristig, also in zukünftigen Planperioden, wieder ansteigen sollte. Die Steuereinnahmen scheinen trotz dem grossen Bevölkerungswachstum in Lenzburg relativ stabil zu sein in den letzten Jahren. Wir sind gespannt, ob sich dies wirklich so positiv entwickeln wird in diesem und dem nächsten Jahr. Bezüglich der personellen Verstärkung sehen wir die Notwendigkeit und werden diesem beantragten Stellenetats zustimmen. Wir würden uns in Zukunft aber auch freuen, wenn benötigte Ressourcen nicht immer 1 zu 1 in Stellenprozente umgerechnet würden respektive jede neue Aufgabe ein Mehr an Personal bedeutet. Da würden wir uns unter anderem freuen, wenn kleinere Teilprojekte der IT-Optimierungen zügig umgesetzt werden, um die Effizienz zu steigern und Synergien besser zu nutzen. Wir haben also grosse Hoffnung in dieses Konzept, welches jetzt erstellt wird. Wenn es aber nicht zügig umgesetzt wird, ist es innert kürzester Zeit wieder überholt und nur teilweise brauchbar. Es benötigt also auch eine schnelle Umsetzung. Auch sind wir sehr gespannt auf die Umweltfachstelle und was diese alles beinhalten wird. Wir sind der Ansicht gewesen, dass die 20 Stellenprozente, welche bis jetzt für den Erhalt des Labels "Energistadt Lenzburg" aufgewendet worden sind, doch sehr hoch gewesen sind in Anbetracht des von uns bekannten und wahrgenommenen Outputs. Was natürlich auch bei uns intensiv diskutiert worden ist, ist die Dividende der SWL, welche mit 1,5 Millionen doch recht hoch ist und in Anbetracht der Erhöhung der Energiepreise von der Bevölkerung auch als indirekte Steuer wahrgenommen werden könnte. Da würden wir uns zukünftig über ein Strategie-Papier der SWL freuen, wie sie gedenken diese Energie-wende zu meistern, und dass auch entsprechende Rückstellungen gemacht werden, um in neue Technologien zu investieren, was eventuell oder sehr wahrscheinlich in einer Reduktion der Dividende resultieren könnte – je nach Betriebsergebnis der SWL. Bezüglich der Energiepreise und der Erhöhung ist diese mit 85 % in Lenzburg sicher sehr hoch. Es muss jedoch der Ausgangswert, also die reale Erhöhung angeschaut werden und diese bewegt sich unseres Erachtens im normalen marktüblichen Bereich. Nichtsdestotrotz sind die Einkaufsstrategien der SWL im Auge zu behalten – Stichwort "langfristige Lieferverträge". Von Spezialsubventionierungsprojekten halten wir nichts, da das nur wieder Ressourcen binden würde, welche in keinem Verhältnis zu der Unterstützungssumme stehen würden. Da sind wir ganz klar der Meinung, dass

die bestehenden Gefässe dafür zu nutzen sind. Wir von der GLP haben also keinen Budgetposten gesehen, für welchen wir die Notwendigkeit nach den Erklärungen der GPFK nicht nachvollziehen können. Wir setzen aber grosses Vertrauen und Hoffnung in den neu zusammengesetzten Stadtrat, die operativen Abläufe zu optimieren und so die Effizienz zu steigern. Mit dem Beibehalt des Steuerfusses von 105 % sind wir einverstanden. Die GLP-Fraktion wird dem Antrag, das Budget zu bewilligen, zustimmen.

Ivanka Basic (SP): Wir haben vieles über das Budget bereits gehört. Ich werde auf das Konfidenzintervall nicht eingehen - zum Glück. Festzustellen ist, dass sich die Zeiten geändert haben. Das wurde bereits erwähnt. Einerseits haben wir einen neu zusammengesetzten Stadtrat und andererseits haben wir unsichere Zeiten, welche schon erwähnt worden sind. Das bedeutet, dass eine Zukunftsanalyse sehr schwierig ist. Man kann heute etwas entscheiden und das ist morgen bereits nicht mehr richtig. Wir von der SP finden, dass wir ein gut ausgeglichenes Budget erhalten haben, es wurde sorgfältig geplant, ist nachvollziehbar und sehr gut dokumentiert. Wir sind mit dem Ergebnis zufrieden. Man sieht auch die Handschrift des neuen Stadtrats und auch die Kursänderungen, welche vorgesehen sind. Man möchte vorwärtsgehen und das hat auch der Rat gefordert. Eine neue, moderne Verwaltung wird angestrebt. Das heisst, man möchte die Informatik-Abteilung erweitern und man möchte Ziele und Beurteilungssysteme in der Verwaltung revidieren, was wir ebenfalls positiv finden. Was wir vermisst haben für eine modernen Verwaltung sind wichtige Themen wie Diversität und Inklusion. Das heisst nicht nur in dem Sinne, dass eine Verwaltung barrierefrei wird für Menschen mit Behinderung, sondern auch dass sie offen ist, Menschen mit Behinderungen anzustellen oder auch eine gerechtere Geschlechterverteilung beispielsweise in Führungspositionen. Denn Vielfalt bedeutet nicht nur, dass man etwas weggeben muss. Vielfalt ist immer bereichernd. An dieser Stelle möchten wir uns auch ganz herzlich bedanken bei allen Personen, die an diesem Budget gearbeitet haben. Wir haben sehr geschätzt, dass dieses Budget digital zugestellt worden ist und dass die Kommentare darin so verfasst worden sind, dass wir nicht viel blättern mussten. In Zukunft sieht man vor, dass alle Unterlagen digital zugestellt werden; das begrüssen wir sehr und womöglich kann man Dokumente auch intern verlinken, dann wird es noch einfacher. Jetzt komme ich zu der Lohn-erhöhung, welche vorher sehr kritisch angesehen worden ist. Wir von der SP-Fraktion sind da anderer Meinung. Eine Lohnerhöhung ist immer ein Ausdruck der Wertschätzung und zum Personal muss geschaut werden. Ich möchte jetzt etwas vorlesen, was ich heute in einem Heft gelesen habe; es ist also nicht Annabelle gewesen. Ich zitiere: "Arbeitskräfte sind bereits ein knappes Gut. Wer sie bekommen möchte, muss gut behandeln und vor allem auskömmlich bezahlen". Dieser Satz beschreibt gut, in welcher Zeit wir uns befinden. Man kann schon sagen, dass die Privatwirtschaft anders handelt. Das ist aber nicht unbedingt die Realität. Dann gehe ich direkt weiter zum personellen Zuwachs. Dieser Antrag für personelle Verstärkung unterstützen wir ebenfalls. Natürlich fallen diese Personalkosten ins Gewicht. Andererseits muss auch zum Personal geschaut werden. Ein attraktiver Arbeitgeber nimmt die Arbeitsbelastung des

Mitarbeitenden wahr und bezieht sie in die Entscheidungsprozesse ein. Was wir kritisch anschauen ist die grosse Fluktuation beispielsweise bei der Regionalpolizei. Aber auch an der Informationsveranstaltung haben wir erfahren, dass das ganze Team der Jugendarbeit gekündigt hat und es ist bekannt, dass eine Fluktuation akut sehr hohe Kosten verursacht. Auf längere Sicht nehmen auch die Leistung und Effizienz einer Abteilung ab, das heisst die gesamte Performance nimmt ab. Da appellieren wir, dass das ernst genommen wird und man der Ursache auf den Grund geht: Liegt es an den Strukturen, sind die Entwicklungsmöglichkeiten nicht gut, die Weiterbildung, oder eventuell die Entlohnung, oder liegt es an den defizitären Führungskompetenzen? Das ist einfach ernst zu nehmen. Zudem begrüssen wir auch, dass die Umweltfachstelle in diesem Budget mehr Stellenprozente erhalten hat. Im Frühling bin ich sehr neu in diesem Rat gewesen und es hat klimapolitische Postulate geregnet, daher hätte man hier ein paar Prozente mehr geben können. Und schlussendlich möchte ich sagen, dass die Effizienz von einem motivierten und gesunden Mitarbeiter abhängt und von einer Verwaltung wird erwartet, dass dauernd eine Verbesserung der Effizienz angestrebt wird. Das kann nur erfolgen, wenn die Mitarbeitenden nicht auf dem Zahnfleisch laufen. Wir von der SP haben uns mit den Kosten der Personalaufstockung beschäftigt und sie scheinen uns schlüssig. Deshalb wird die SP-Fraktion auf das vorliegende Budget eintreten und wir empfehlen, das Budget 2023 zu genehmigen. Wir möchten uns noch einmal bei allen bedanken für das Budget und, was ich vorher vergessen habe zu sagen, für die kompetente Infoveranstaltung, welche wir Ende August gehabt haben.

Christina Bachmann-Roth (die Mitte): Die Mitte EVP-Fraktionsgemeinschaft tritt sehr gerne auf das Budget ein. Die Informationen vorab waren schlüssig, insbesondere auch das Onlinetool mit den Kommentaren war sehr praktisch. Wir haben es auch sehr geschätzt, dass extra Stadträtin Barbara Portmann zu uns in die Fraktionssitzung gekommen ist, um direkt Stellung zu nehmen. Man sieht, Lenzburg investiert, Lenzburg ist mutig, Lenzburg ist optimistisch und voller Tatendrang. Der neue Stadtrat scheint gut Fahrt aufgenommen zu haben, Probleme sind erkannt und auch Lösungen dazu bereits erarbeitet. Zuerst ein grosses Kompliment an die Stadtverwaltung und den Stadtrat. Insbesondere die Verlinkung oder die schlüssige Argumentation zwischen den Legislaturzielen, zum Beispiel Umwelt/Klima, Gesellschaft, Förderung, Alter, Immobilien und Finanzen, da macht es absolut Sinn, Ressourcen zu brauchen, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Die grosse Dividende von 1,5 Millionen von der SWL fällt auf und wir haben uns schon gefragt, weshalb wir in der jetzigen Krise nicht einfach die 1,2 Millionen, also das Minimum, annehmen sollten. Vielleicht wäre es stimmiger und besser, mit dem Minimum zu kalkulieren, als eine höhere Dividende anzunehmen. Das wären eben 1,2 anstatt 1,5 Millionen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass ein Unternehmensgewinn nicht nur auf die aktuellen Geschäfte abstützt, sondern dass wir die Folgen einer Krise erst später sehen werden. Wir bauen aus in der Verwaltung. Auch wir haben dies kritisch angeschaut und diese Positionen kritisch geprüft, da wir grundsätzlich auch finden, dass man es gut anschauen muss, bevor man einen Stellenetat

erhöht. Was uns hier noch aufgefallen ist, was die Vorrednerinnen und Vorredner nicht erwähnt haben ist, dass im selben Zug auch die externen Berater zugenommen haben. Wir haben die Lohnkosten erhöht um 1,23 und auch um rund eine halbe Million die externen Berater. Ich denke dort darf man darauf achten, dass wir, wenn wir Personal anstellen, das Wissen auch bei uns haben. Dann darf man gerne auch mit Beratern und Beraterinnen zurückfahren. Wir stehen hinter diesen Stellenprozenten, da wir an vielen Orten sehen wie Versäumnisse jetzt aufgenommen werden, beispielsweise in der Immobilienstrategie. Auch fordert die Neuorganisation im Bereich Bildung heraus und auch der Wechsel von strategisch wichtigen Personen. Deshalb macht es in unseren Augen absolut Sinn, so wie wir es dargelegt bekommen haben. Wir gehen später wahrscheinlich noch auf den Bereich Soziale Dienste ein. Dort ist nicht klar, dass man das Kinderbetreuungsgesetz und die Tagesschulen ein bisschen vermischt hat in dem Sinne, dass man zuwartet mit Änderungen in der Kinderbetreuung. Dort denken wir, dass wir das nicht vermischen müssen. Die Tagesschule ist etwas anderes als die Kinderbetreuung. Wir hatten grosse Änderungen mit der Finanzierung der Spielgruppe beispielsweise und wir möchten gerne analysiert haben, was das bringt und ob man in diesen Tagesstrukturen gut unterwegs ist, so wie wir es beschlossen haben. Gleichzeitig ist uns auch in der Schule etwas aufgefallen. Wir haben die Avenir Social Studie ebenfalls gesehen und bemerkt, dass der empfohlene Satz noch viel höher ist als die Erhöhung, welche wir heute betreffend Stellenerhöhung hoffentlich bewilligen. Ich glaube wir sind dort immer noch effizient und schlank unterwegs, so wie ich das sehe. Wenn man wirklich an diese Studie glauben würde, welche als Vergleich gilt, dann müssten wir beinahe drei Mal so viel erhöhen, wie der Stadtrat heute beantragt. Zum Glück erhöhen wir nicht drei Mal so viel. Ich hoffe, dass wir trotzdem die Leistungen für Kinder und Jugendliche erbringen können, insbesondere dass wir im schulpsychologischen Dienst genug Ressourcen haben. Ebenfalls finden wir, dass man nach der Bewilligung dieses Geldes und wenn die Strategie klar ist, auch die Organisation anschauen darf. Im Moment sind der Stadträtin der Bildung sehr viele Leute flach unterstellt. In diesem Zusammenhang kann man sich fragen, ob nicht eine Hierarchiestufe mehr Sinn machen würde, auch zur Entlastung oder zur besseren Führung des ganzen Gremiums der Schule durch den Stadtrat. Ich möchte gar nicht weiter auf die anderen Linien eingehen. Ich freue mich auf die Detailberatung und danke allen sehr für die Arbeit an unserem Budget.

Anja Kroll (Grüne): Ich möchte mich kurzhalten. Ich hatte eine lange Liste und konnte fast alles, was bereits gesagt wurde, abhaken. Zuerst der Dank für das tolle Budget. Wir alle haben es wirklich sehr geschätzt, dass wir so gut informiert worden sind. Wir wissen, dass viel Arbeit dahintersteckt, wir haben sehr viel Vertrauen in diesen Prozess und glauben, dass dieser alleine schon für Qualität steht. Ich hätte ja nicht gedacht, dass ich Michael Häusermann einmal zustimmen würde, aber hier ist es. Der Stadtrat soll die Chance zur Umsetzung bekommen und das ist auch das, was unser Votum leiten wird. Wir finden, dass dies ein neues Team ist, welches geäussert hat, was sie wollen

und das sollen sie auch bekommen. Denn dann können wir sie auch messen. Sobald wir etwas zusammenstreichen oder ändern, schwindet die Motivation und dann gibt es nachher diese "Aber's". Ich bin gespannt, was am Ende des Jahrs bei der Jahresrechnung stehen wird. Ein kleiner Punkt sind die Stellen, da hätten wir natürlich auch Wünsche gehabt. Wir finden 70 % für die Umwelt angesichts der bevorstehenden Aufgaben natürlich viel zu wenig, wir sind schliesslich auch die Grünen. Aber wir finden es einen guten Anfang. Wir hätten vor allen Dingen einfach geschätzt, wenn wir gewusst hätten, wie die Stelle zusammensetzt wird. Auch da stimme ich Michael Häusermann zu; ein Anforderungsprofil hätte geholfen. Es ist wie es ist, wir werden darauf eintreten und freuen uns auf die Detailberatung.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Detailberatung des Budgets 2023

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Gibt es in der Einleitung, das ist bei der Seite 11, Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Generell zur Übersicht Personalbestand, Seite 12? Seite 13 bis 47 überspringe ich, das kommt ja nachher wieder in den Details hinten. Dann wären wir auf der Seite 48 bis 60, die Ergebnisse und Kennzahlen.

0 Allgemeine Verwaltung

Michael Häusermann (SVP): Wir sind im Kapitel 0, der Präsident hat es gesagt. Wir haben etwas zum Konto 0120.3000.03, Exekutive, die Besoldung des Stadtrats. Der Antrag der SVP-Fraktion lautet:

Die Entschädigung der Mitglieder des Stadtrates für das Jahr 2023 enthält keinen Teuerungsausgleich.

Weshalb kommen wir auf das? Im März 2021 hat der Einwohnerrat eine Anpassung der Entschädigung des Stadtrats für das Jahr 2022 beschlossen. Nebst der Erhöhung des Stellenetats auf total 260 Stellenprozente, ist die Gesamtentschädigung ab Januar 2022 auf 484'000 Franken angepasst worden. Wir sind hinter diesem Systemwechsel gestanden. Darin enthalten war auch eine Lohnerhöhung und diese haben wir dannzumal schon kritisiert. Diese Erhöhung hat aber eine Mehrheit gefunden und ist seit 1. Januar 2022 in Kraft. Wir haben jetzt Mitte September, also sind 8,5 Monate vergangen und der Stadtrat kommt bereits mit der nächsten Erhöhung von 2 %. Um dem kritischen Votum von vorher ein bisschen entgegenzuhalten: Es geht nicht um die Würdigung. Wir haben hier einfach eine speziellere Situation. Wir haben auf der

einen Seite den Stadtrat, die Angestellten, in der Mitte ist der Steuertopf und auf der anderen Seite sind die Steuerzahlenden. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zahlen wir Steuern. Wir zahlen nicht Steuern, weil sie gut oder schlecht arbeiten. Was hier ein wenig stattfindet, kann man fast ein bisschen eine Selbstbereicherung nennen. Sie greifen in den Topf und ziehen für sich 2 % heraus. Es hat keine Rückmeldung aus der Bevölkerung gegeben, ob sie gut gearbeitet haben. Das ist einfach nicht dasselbe wie in der Privatwirtschaft. Also: Wir finden es ist nicht gegen den Stadtrat als Personen gerichtet. Es wäre auch nur fürs 2023. Sie haben auf den 1. Januar 2022 eine Lohnerhöhung erhalten und dass man jetzt, bereits dreiviertel Jahr später, wiederkommt – natürlich wird dies begründet mit dem Teuerungsausgleich – das finden wir nicht gerechtfertigt. Darum stellen wir den Antrag, dass es keinen Teuerungsausgleich geben soll.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir debattieren jetzt über diesen Antrag und stimmen nachher entsprechend ab. Möchte sich hierzu jemand äussern?

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag SVP:

Die Entschädigung der Mitglieder des Stadtrates für das Jahr 2023 enthält keinen Teuerungsausgleich.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wurde mit 13 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir sind immer noch im Bereich 0 Allgemeine Verwaltung. Will hier jemand noch etwas sagen?

Michael Häusermann (SVP): Konto 0211.3010.00 Löhne. Der Antrag lautet:

Die Zuwachsrate für die Umsetzung des leistungsorientierten Besoldungskonzepts gemäss Dienst- und Besoldungsreglement sowie für die Berücksichtigung der Teuerung ist von 2,5 % auf 1 % zu reduzieren.

Wie kommen wir auf das? Ich habe es bereits vorher ausgeführt. In der Privatwirtschaft können sich aufgrund der schwierigen Situation, die eintritt, längst nicht alle eine Lohnerhöhung geben. Es ist auch hier wieder die öffentliche Hand, die sich selbst dieses Geld zuschanzt, weil es eben da ist und

wir vermissen da einfach die Solidarität zwischen öffentlichen und privaten Arbeitgebern. Also ist der Antrag von 2,5 % auf 1 % zu reduzieren. Nicht nichts mehr, sondern auf 1%.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Moment, Michael, warte bitte kurz. Ich habe eine Verständnisfrage. Wir sind jetzt spezifisch im Lohnkonto der Abteilung Finanzen. Ich verstehe dich aber so, dass du das über alle Löhne möchtest, über die ganze Stadtverwaltung, dass man es von 2,5 auf 1 heruntersetzt und nicht nur für die Abteilung Finanzen.

Michael Häusermann (SVP): Ja, es ist nichts gegen sie. Dann ist es das falsche Konto, Entschuldigung.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Der Antrag würde also alle Lohnkonten betreffen.

Michael Häusermann (SVP): Ja, das ist richtig; es ist für die Verwaltung, nicht nur für die Finanzen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: In der Artengliederung würde man das auf Seite 105 finden. Ich lese den Antrag nochmals vor. Grundsätzlich geht es darum, dass man die Zuwachsrate für die Umsetzung des leistungsorientierten Besoldungskonzept gemäss dem Dienst- und Besoldungsreglement sowie für die Berücksichtigung der Teuerung von diesem Jahr anstatt 2,5 %, die der Stadtrat aktuell im Budget vorsieht, neu auf 1 % herunterreduziert.

Christina Bachmann-Roth (die Mitte): Dankeschön für den Antrag. Ich finde es in dem Sinne falsch, wenn wir beantragen würden, dass die Stadtverwaltung jetzt nur 1 % Ausgleich hat, wo wir dem Stadtrat doch gerade vorher 2 % gegeben haben. Es stört mich aber, dass man der Verwaltung nicht 2 % gibt, sondern 2,5 %. Also wenn wir so einen Antrag unterstützen, dann wäre er mit 2,5 auf 2 % runter, analog dem Stadtrat. Aber auf 1 % herunter, da finde ich es schwierig, dies zu unterstützen, wenn man gerade die vorhergehende Abstimmung sieht.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Christina, wie ist das zu verstehen; ist das ein weiterer Änderungsantrag?

Christina Bachmann-Roth (die Mitte): Ich mache einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir würden einfach die beiden Änderungsanträge gegenüberstellen und der, der die Debatte gewinnt, würde nachher gegenüber derjenigen des Stadtrats in die Endausmarchung. Noch eine Präzisierungsfrage; im Moment sieht der Stadtrat ja 2 % für den Teuerungsausgleich vor, der ja allen Mitarbeitern zugutekommt plus 0,5 % für individuelle Lohnerhöhungen aufgrund der Leistungen. Würde denn das heissen, es sind 1,5 % und 1 oder es sind einfach 2 % für alle?

Christina Bachmann-Roth (die Mitte): Nein, also ich nehme den Änderungsantrag zurück. Ich sage einfach wir lehnen das ab, denn ich finde die 2 % korrekt, die der Stadtrat hat und die 0,5 % sind ja für individuelle Anpassungen, daher muss man das halt doch geben. Nein ich würde es sein lassen und sage einfach, dass ich empfehle das abzulehnen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Also dann haben wir den Änderungsantrag von der SVP, welcher vorsieht, dass man die 2,5 % auf 1 % heruntersetzt. Gibt es da weitere Wortmeldungen?

Keine weiteren Wortmeldungen.

Änderungsantrag SVP:

Die Zuwachsrates für die Umsetzung des leistungsorientierten Besoldungskonzeptes gemäss Dienst- und Besoldungsreglement sowie für die Berücksichtigung der Teuerung ist von 2,5 % auf 1 % zu reduzieren.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wurde mit 24 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir bleiben auf der Seite 61 bis 66, allgemeine Verwaltung.

Keine weiteren Wortmeldungen.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Keine Wortmeldungen.

2 Bildung

Keine Wortmeldungen.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Keine Wortmeldungen.

4 Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

5 Soziale Sicherheit

Corin Ballhaus (SVP): Die SVP-Fraktion hat einen Änderungsantrag zum Bereich 5452 Kinderbetreuung Subventionierung. Es betrifft das Konto 3010.00. Unser Antrag lautet:

Die Erhöhung des Stellenetats um 45 % (35 % Leitungsfunktion Familien und Gesellschaft zur Erreichung der Legislaturziele und 10 % KIBEG) auf 75 % ist um ein Jahr zurückzustellen.

Weshalb stellen wir diesen Antrag? Den Erläuterungen der A11 Stellen-erhöhung Bereich Jugend- und Familien können wir entnehmen, dass die Schaffung einer eigenen Abteilung mit verschiedenen Fachbereichen geprüft werden soll. Neben dem bisherigen Fachbereich Jugend und Familie, der ist heute der Abteilung Soziale Dienste zugehörig, soll das künftig auch einmal den Bereich Alter, Gesundheit und Gesellschaft betreffen. Wir unterstützen dieses Ansinnen im Grundsatz, legen aber Wert darauf, dass der Stadtrat zuerst einmal klärt, zu welchem Ressort diese Abteilung gehört, wo sie zugeordnet werden soll, was genau die Aufgaben dieser neuen Abteilung sein sollen und wo wir auch das Anforderungsprofil der Abteilungsleitung sehen. Erst dann können wir wirklich ernsthaft beurteilen, welches Pensum für diese Leitung und allfällige weitere Aufgaben in diesem Bereich erforderlich sind. Also für uns gilt hier besser ein Gesamtpaket als Salamtaktik, wie wir es eben generell in den Bereichen auch schon einmal gehabt haben und im Rat auch immer wieder kritisiert haben.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke Corin Ballhaus für die Ausführungen. Wir würden jetzt über diesen Antrag debattieren. Gibt es hierzu Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen aus dem Einwohnerrat.

Beatrice Taubert (Stadträtin): Es ist so, die 45 %, welche wir hier beantragen, sind 10 % KIBEG und die anderen 35 % sind vor allem im Familienbereich anzusiedeln. Dort haben wir Konzepte, insbesondere das UNICEF-Label woraus Massnahmen getroffen werden. Im neuen Bereich "Alter und Gesundheit" ist der Stadtrat daran, das Ganze zu erarbeiten, wie das aussehen könnte und wo das anzusiedeln wäre. Da hat es ganz minim, wenn überhaupt, Stellenanteil drin von den 45 %, die dort hinfließen. Es ist vor allem der Familien- und Jugendbereich und eben 10 % für die KIBEG. Die neue Abteilung gleisen wir im Stadtrat im nächsten Jahr auf, zusammen mit der Gesellschaftskommission und diesen vielen Bereichen, welche wir hier haben und auch befragen können. Die Vorarbeit kommt vom Stadtrat.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Änderungsantrag SVP:

Die Erhöhung des Stellenetats um 45 % (35 % Leitungsfunktion Familien und Gesellschaft zur Erreichung der Legislaturziele und 10 % KIBEG) auf 75 % ist um ein Jahr zurückzustellen.

Abstimmung

Der Antrag wurde mit 17 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir sind bei 5 Soziale Sicherheit. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Christina Bachmann-Roth (die Mitte): Die Zeiten sind unsicher, wir haben es gehört von den Vorrednerinnen und Vorrednern. Die Preise für Treibstoff und Energie nehmen zu, Gesundheitskosten steigen und die Kaufkraft sinkt. Es droht eine Krise der Lebenskosten. Wir können es heute überall hören und es ist nichts, das wir erfinden, es ist wirklich existenzbedrohend für viele Menschen auch bei uns in der Schweiz. Für gewisse Familien und Haushalte können solche Mehrkosten starke Auswirkungen sozialer Art haben und sie können auch zu finanziellen Problemen führen. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Solidarität gefordert ist. Es wird viel geredet auf Bundesebene, wie man die Kaufkraft stützen kann. Aber wir glauben, dass es alle betrifft und auch wir als Stadt eine gewisse Verantwortung haben, die wir wahrnehmen müssen. Die Stadt Lenzburg hat für 2023 einen Überschuss von 100'000 Franken budgetiert im Gesamtbudget. Das ist nicht viel, aber es ist etwas. Und unter anderem setzt sich das zusammen aus höheren Steuereinnahmen und aus Gewinnen von unserem Elektrizitätswerk, von der SWL. Wir sind der Meinung, dass dieser

Betrag von 100'000 Franken dafür eingesetzt werden soll, um den Haushalten unter die Arme zu greifen, die dieses Geld aufgrund der höheren Lebenskosten jetzt nötig haben. Es gibt Haushalte, wo das Budget Ende Monat knapp wird und da ist unsere Solidarität gefragt. Dieser Überzeugung sind wir. Wir mussten dies mit der Stadtverwaltung und verschiedenen Akteuren prüfen, welche Haushalte das sind und wir sind uns auch bewusst, wir finden diese manchmal nicht – die, die es am meisten brauchen. Und trotzdem braucht es eine klare Präzisierung und einen konkreten Antrag, da wir sonst nicht hier stehen und einen Budgetantrag machen könnten. Wir haben deshalb eine Entscheidung getroffen, wie wir dieses Geld von 100'000 Franken ausschütten würden. Sie würden pauschal an die Haushalte ausgeschüttet werden, die eine Prämienverbilligung beziehen, aber keine Ergänzungsleistungen und keine Sozialhilfe empfangen. Gemäss den Zahlen sind davon 1'130 Haushalte betroffen und zwar beziehen wir uns auf Zahlen aus dem Jahr 2022. Also vergangene Zahlen, nicht zukünftig auszuschüttende Prämienverbilligungen. Weshalb? Nur so wird die Soforthilfe auch unkompliziert genug. Man kann die Haushalte definieren, man hat eine Zahl, wir haben eine Adresse. Der Aufwand, dies zu verteilen, ist sicher da. Deshalb machen wir es pauschal und auch an Haushalte, die man definieren kann. Weshalb Haushalte? Die Lebenskosten betreffen halt einen Haushalt. Das ist dann eben eine Familie und manchmal ist auch eine einzelne Frau oder ein einzelner Mann in einem Haushalt. Denn dort fallen Mietkosten an, dort fallen Heizungskosten an. Auch unser ganzes Steuersystem basiert auf einer Haushaltsrechnung. Darum möchten wir das an Haushalte ausschütten und nicht an individuelle, einzelne Personen. Es gibt ja in den Haushalten mehrere Personen, die davon profitieren würden. Andernfalls gibt es zum Beispiel Studierende, die das bekommen würden und die haben keinen Haushalt zu führen. Darum macht das keinen Sinn. Wir glauben deshalb, dass unser Antrag wirkungsvoll ist. Das sind 80 Franken pro Haushalt und dies kann im ersten Quartal ausgeschüttet werden. Das kann einen Unterschied machen. Es ist zielgerichtet und nicht mit der Giesskanne über alle Haushalte verteilt, die Energiekosten und Steuern einzahlen und es ist verkräftbar für uns alle. Und für den Einzelnen kann es trotzdem einen Unterschied bewirken. Ich lese deshalb unseren Antrag vor:

Wir beantragen ein zusätzliches Ausgabenkonto «Entlastung Lebenskosten» in der Abteilung Soziale Dienste unter der Funktion 5790 - Übriges zu schaffen und diesem Konto den Betrag von 100'000 Franken zu zuweisen. Dieses Geld soll dann im ersten Quartal 2023 pauschal an folgende Haushalte zur Entlastung der Lebenskosten ausbezahlt werden: Haushalte in Lenzburg, welche im Jahr 2022 Prämienverbilligung erhalten, aber weder Ergänzungs- noch Sozialhilfeleistungen empfangen haben.

Wir freuen uns, wenn ihr diesem Antrag zustimmen könnt und wir dieses Konto schaffen können.

Chantal Toker (GLP): Womit ich persönlich etwas Mühe habe, ist der Verteilungsschlüssel. Der ist aus meiner Sicht sehr zufällig gewählt. Es passt gerade zu

der Summe, die wir theoretisch verteilen können, wenn wir sie dann überhaupt einnehmen mit den Steuern, was ja noch ein grosses Fragezeichen ist. Aber wie kommt man auf diesen Verteilschlüssel? Wieso ist das die Gruppe, die am meisten darunter leidet. Dieser Zusammenhang ist aus meiner Sicht nicht ganz gegeben. Und was bei diesem Personenverteilschlüssel auch nicht berücksichtigt würde, ist eigentlich wie geht diese Personengruppe mit dem Energiekonsum um. Sind das Leute, die sparsam Energie verbrauchen und sich bewusst sind, wie man Kosten reduzieren kann oder sind es Verschwender. Es hat also überhaupt keinen Zusammenhang mit dem Eigenverhalten in Bezug auf den Energiekonsum. Deshalb finde ich es etwas zufällig. Es ist eine Geste, um zu zeigen, dass man Geld weggibt, da die Belastung tatsächlich für jeden immens ist, denn es geht ja auch um 85 %, aber es ist ein wenig ein zufälliger Verteilschlüssel. Für mich ist es nicht schlüssig.

Michael Häusermann (SVP): Schön, wenn du von Solidarität redest, ich habe sie vermisst vor wenigen Minuten. Aber zu eurem Antrag: Es sind auch zwei Punkte, die Chantal soeben gesagt hat. Nicht jeder, der eine Krankenkassenverbilligung hat, ist automatisch bedürftig. Und, was fast das grössere Problem ist und deshalb werden wir dem nicht zustimmen: Du verteilst die Wurst, bevor die Sau "gmetzget" ist. Das ist ein budgetierter Überschuss von 100'000 Franken und wir haben durch diverse Voten gehört, wie unsicher die Situation ist. Ich habe gesagt, in meinem Votum es ist schön, wenn diese Zahlen eintreffen, wenn wir die 100'000 Franken tatsächlich haben. Aber es ist so unsicher und da fangen wir bereits an, Geld - ich sage einmal - "zu verteilen". Die nehmen das ganz sicher, das ist klar, wobei es jeder von uns auch nehmen würde, wenn er 100 Franken mehr bekommen würde, denn jeder von uns zahlt mehr. Aber wir verteilen Geld, bevor wir es haben. Und das finde ich sehr problematisch.

Beatrice Taubert (Stadträtin): Ich finde das eine sehr schöne Geste, die ihr da wollt. Natürlich würden wir als Stadtrat auch sehr gerne die Benachteiligten unterstützen, das machen wir eigentlich ja auch. Aber im Moment geht es eher darum, unsere Verwaltung etwas zu entlasten. Daher auch unser Antrag mit den zehn Stellenprozenten. Und das ist jetzt etwas, was unsere Verwaltung sehr belasten würde. Wir haben 100'000 Franken, die wir hier verteilen möchten. Einen grossen Batzen davon könnte man wahrscheinlich auch der Verwaltung geben. Denn diese Gruppe, die du da nennst, sind genau die Zahlen, die wir nicht haben von der Verwaltung. Wir haben die Sozialhilfebezüger, die IPV beantragen, diese haben wir. Aber diejenigen, die sie nicht beantragen, da haben wir keine Daten. Das müsste uns die SVA bekanntgeben und es ist noch fragwürdig, ob die SVA uns das einfach geben würde. Dann haben wir keine Kontoangaben dieser Personen, also es ist ein rechter Aufwand da überhaupt zu ermitteln, wer das Geld erhalten soll. Viele der Personen, welche IPV beantragen könnten, machen das gar nicht, da es kompliziert ist mit diesem Code, welcher zugestellt wird. Viele bekommen

diesen Code auch gar nicht. Viele, die den Code erhalten, füllen es nicht aus. Also da sind viele nicht erfasst, die das auch zugute hätten. Das ist ganz schwierig. Und da finden wir auch als Stadtrat, dass Aufwand und Ertrag nicht stimmen. Wir würden empfehlen, diesen Antrag abzulehnen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag Die Mitte Ortspartei:

Wir beantragen, ein zusätzliches Ausgabenkonto «Entlastung Lebenskosten» in der Abteilung Soziale Dienste unter der Funktion 5790 - Übriges zu schaffen und diesem Konto den Betrag von 100'000 Franken zuzuweisen. Dieses Geld soll dann im ersten Quartal 2023 pauschal an folgende Haushalte zur Entlastung der Lebenskosten ausbezahlt werden: Haushalte in Lenzburg, welche im Jahr 2022 Prämienverbilligung erhalten, aber weder Ergänzungs- noch Sozialhilfeleistungen empfangen haben.

Abstimmung

Der Antrag wurde mit 26 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Keine Wortmeldungen.

7 Umweltschutz und Raumordnung

Michael Häusermann (SVP): Ich komme zum letzten Mal. Es betrifft das Konto 7690.3010.00 – die übrige Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Der Antrag, den wir dort haben, geht ins gleiche hinein, wie wir vorher von unserer Seite hatten. Der lautet:

Die Erhöhung um 50 % Arbeitspensum zu einer 70 % Umweltfachstelle ist um ein Jahr zurückzustellen.

Ich habe es im Eintrittsdebatten-Votum bereits gesagt. Wir sind nicht gegen diese Umweltstelle. Wir anerkennen, dass da etwas passieren muss und da soll man auch etwas machen. Es ist einfach mehr das Vorgehen des Stadtrates, mit welchem wir nicht einverstanden sind. Man stellt eine Person an und vergibt Stellenprozente und erst im Nachhinein wird geschaut, was machen wir hier für

einen Stellenbeschrieb und was weist man dieser Person alles zu. Von uns aus gesehen ist das einfach eine total falsche Vorgehensweise. Wir erwarten einfach, dass der Stadtrat zuerst einen Stellenbeschrieb macht und diesen dem Einwohnerrat zeigt und nachher kann man diese Person anstellen. Und noch eine kleine Ergänzung zu zwei Voten, die vorher gefallen sind mit dieser Umweltstelle, wo vor allem von der Grünen Seite gesagt wurde, man könnte auch mehr machen. Ich würde euch sofort zustimmen, auf 100 % hochzugehen. Aber bringt dann eine Stelle, bei der wir 30 % heruntergehen. Das wäre ja auch einmal ein Vorgehen. Wir werden nächstes Jahr auch ein Budget haben.

Regula Züger (Grüne): Klar, die Grünen wollen diese Stelle sowieso. Ich will einfach sagen, es ist wirklich zu wenig und wenn man schon davon redet, wo dass Stellen aufgestockt werden, zum Beispiel 350 % bei der Polizei, dort haben wir auch keinen klaren Stellenbeschrieb von all diesen zusätzlichen Personen gesehen und über jedes Detail diskutiert. Und alle haben im Frühling grossmundig gesagt wir möchten etwas machen, man muss etwas machen fürs Klima und die Umwelt und hier reden wir genau von 50 Stellenprozenten, die aufgestockt werden. Es gibt keine Diskussionen über die 350 % bei der Polizei und hier sind es 50 % Aufstockung, für welche man jetzt gerade noch keinen Stellenbeschrieb hat, denn das ist etwas was im Kommen ist und das muss entwickelt werden. Diese 50 % sind noch etwa 200 % zu wenig, aber wir geben uns zufrieden, denn wir sind ja bescheiden von den Grünen. Und wenn man die 50 % irgendwo kürzen müsste oder darüber diskutieren könnte, dann könnte man zum Beispiel mal schauen, was für Stellenbeschriebe genau diese 350 % bei der Polizei beinhalten, die gerade aufgestockt wurden und ob es diese wirklich braucht. Aber auf diese Idee kommt man wahrscheinlich nicht, dass man da mal etwas wegnimmt. Das möchte ich ja auch nicht, einfach um die Relationen wieder einmal zu zeigen. 350 % bei der Polizei, kein Problem, 50 % für die Umwelt, eine riesige Diskussion. Danke, das war alles.

Julia Mosimann (SP): Das, was für mich bei der Klimadebatte immer schwierig wirkt, ist, dass wir davon reden, dass man etwas machen muss, dass es dringlich ist, man muss vorwärts machen, die Zeit rennt uns davon. Und dann will man genau dort, wo man das Potenzial hat und etwas erreichen könnte, am Schluss Stellenprozente streichen, nur weil der Ablauf nicht ganz korrekt ist. Das ist für mich nicht vertretbar. Ich sehe den Grund, dass man den Stellenbeschrieb eventuell im Voraus schon hätte haben können, aber das ist für mich kein Grund, um in der jetzigen Situation die Stellenerhöhung nicht zu beantragen. Besten Dank.

Michael Häusermann (SVP): Ja, Entschuldigung, mein Versprechen ist schon gebrochen. Ihr müsst gut zuhören. Wir sind nicht gegen diese Stelle. Es ist das Vorgehen, da gebe ich dir Recht und es ist einmal mehr, dass der Stadtrat so vorgeht. Und die Frage ist irgendwann auch, ob wir immer nur schimpfen aber

abnicken, denn dann ändert sich nie etwas. Eine Zusatzrunde könnte eventuell auf der Fünferbank dort vorne etwas bewirken. Und bei der Polizei, die haben einen Stellenbeschrieb. Ich habe ihn nicht gesehen, aber es gibt ihn. Das ist ja nichts Neues, die Polizei. Und wir können diskutieren. Sie kommen mit den Anträgen und sagen es braucht 350 %. Wir können über das diskutieren. Wobei das nicht gehen dürfte, da es regional ist. Aber das ist auch nicht die Idee. Also nochmals, wir sind nicht gegen diese Stelle und ich würde direkt für 100 % stimmen, wenn man aber irgendwo noch heruntergeht. Wir müssen immer auch den Gesamtstellenetat im Griff haben, und wir sind nirgends bereit, herunterzugehen. Nirgends. Jetzt bin ich über 20 Jahre im Rat. Es geht immer nur rauf, wir gehen nirgends runter. Und dann müssten wir wirklich vielleicht einmal verschieben und sagen ja, das Klima erhält so eine Wichtigkeit, dann machen wir anderswo einen Abstrich. Und das findet ja nicht statt. Tut mir leid.

Julia Mosimann (SP): Ich halte mich kurz, um noch kurz auf dein Votum einzugehen Michael. Das ist eben genau ein bisschen das Problem. Ich verstehe, dass man den Ablauf verbessern kann. Darauf muss man auch hinweisen, aber bei einer Sache wie das Klima, welches dringlich ist, haben wir keine Zeit nochmals ein Jahr zu warten. Und dieses Argument überwiegt in der aktuellen Situation aus meiner Sicht. Wenn du aber trotzdem sagst, das Klima hat eine Priorität, dann kannst du es nicht noch ein Jahr aufschieben. Das ist sehr widersprüchlich aus meiner Sicht.

Barbara Portmann (Stadträtin): Es geht mir jetzt nicht um eine inhaltliche Stellungnahme, sondern nur eine kurze Stellungnahme zum Ablauf, sodass wir gewisse Vorwürfe, dass wir konzeptlos oder nach der Salamtaktik vorgehen, aus dem Weg räumen können. Man muss sich vorstellen wir haben im Januar gestartet. Zuerst mussten wir die Situation analysieren über all die Abteilungen, wo wir das Gefühl haben, dass Bedarf besteht. Und dass sich der Bedarf natürlich aus den Legislaturzielen ergibt, wo man Schwächen erkennt, wo man stärker werden sollte, das hat auch einen logischen Zusammenhang. Beim Umweltbereich war es relativ klar, dass wir - wenn wir die ambitionierten Anforderungen, die auch ihr an uns stellt - umsetzen möchten, wir etwas machen müssen. Die Konzeption dieser Stelle mussten wir im Frühling natürlich machen, sodass diese im Vorsommer ins Budget kommt. Die hatten wir, wir haben nicht einfach gedacht, wir könnten doch irgendwo ein bisschen etwas machen. Was alles Bestandteil dieser Stelle sein sollte, in welchem Umfang und die Dringlichkeitsbeurteilung, die Wirtschaftlichkeitsbeurteilung, welche wir gemäss den gesetzlichen Grundlagen ja machen müssen, die haben wir in der Phase der Budgetierung vorgenommen. Einfach, dass man das sieht. Die Entwürfe entstehen im Juni und damit das versandfertig ist, braucht es einen grossen Vorlauf mit den Sommerferien; und parallel dazu läuft natürlich die Detailarbeit, die man so weit macht, bis und mit dem Stelleninserat, dem Stellenbeschrieb und all den Sachen, die dazugehören. Es würde auch gar keinen Sinn machen, wenn wir mit dem Stellenbeschrieb im Detail Anfang Jahr

gestartet hätten, denn wir mussten ja erst die Situation analysieren. Gewisse Detailarbeiten machen erst Sinn, wenn der Budgetbeschluss vorliegt, denn vorher würde man je nach dem viel zu viel Aufwand in etwas stecken, das gar nicht vom Parlament gewünscht ist. Es war mir ein Anliegen, das noch zu sagen.

Andreas Schmid (Stadtrat): Ich musste mich kurz absichern, dass ich nichts Unwahres erzähle. Ich wollte noch etwas sagen zum Thema "nicht reduzieren". Ich kann ein Beispiel erwähnen. Thomas Hofstetter arbeitet aktuell in einem 100 % Pensum, Abteilungsleiter Immobilien, seine Nachfolgerin hat ein 80 % Pensum, also dort gehen wir um 20 % herunter, welches wir nicht einfach so ersetzen. Dann hatten wir beispielsweise in der Stadtkanzlei eine 60 %-Stelle über ein Jahr lang nicht besetzt. Wir wollten sie aber im Stellenplan drin haben, denn wir wussten wir brauchen die Stelle wieder. Konnten uns aber vorübergehend anders organisieren. Die Stelle war im Stellenplan dringeblichen, jedoch nicht besetzt. Oder dann haben wir in anderen Bereichen, beispielsweise im Zivilstandsamt, jemand der das Pensum reduziert, wofür wir nicht 1 zu 1 einen Ersatz suchen, sondern dort sind wir daran zu schauen, ob die Arbeit auch mit einem tieferen Pensum machbar ist. Auch bei Fluktuationen hinterfragen wir das Pensum, wenn wir diese Stellen neu besetzen. Was schon vorkommt ist der Fall, dass teilweise eine bestimmte Reserve im Stellenplan vorhanden ist. Wenn wir damit rechnen, dass wir eine Stelle womöglich später wieder besetzen müssen, berücksichtigen wir einen Betrag im Budget. Aber wenn wir wissen, dass wir eine Stelle voraussichtlich in nächster Zeit nicht mehr brauchen, dann nehmen wir diese auch aus dem Budget heraus. Dann bleibt die Stelle im Stellenplan drin, aber im Budget hinten ist kein Betrag drin. Also dort schauen wir eigentlich schon, dass wir haushälterisch mit diesen Stellen umgehen. Aber ich gebe zu, dass dieses Vorgehen bisher für den Einwohnerrat nicht transparent war, aber wir sind wirklich daran, das Potenzial auszunutzen, wenn es Möglichkeiten gibt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Änderungsantrag SVP:

Die Erhöhung um 50 % Arbeitspensum zu einer 70 % Umweltfachstelle ist um ein Jahr zurückzustellen.

Abstimmung

Der Antrag wurde mit 25 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

8 Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen.

9 Finanzen, Steuern

Keine Wortmeldungen.

10 – 12 Erfolgsrechnung Artengliederung, Investitionsrechnung, Kreditkontrolle

Keine Wortmeldungen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Zur Sicherheit nochmals die Frage. Möchte jemand nochmals auf eine Position zurückkommen, haben wir etwas verpasst?

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

In der Schlussabstimmung wird mit 32 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

beschlossen

Das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2023 wird genehmigt und der Steuerfuss auf 105 % (wie bisher) festgesetzt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 lit. c der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum. Die Volksabstimmung findet am 27. November 2022 statt.

8 Aufgaben- und Finanzplanung bis 2027; Kenntnisnahme

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ich möchte hier kurz daran erinnern, dass es hier keinen Antrag des Stadtrats gibt, wir nehmen dieses Werk lediglich zur Kenntnis. Dennoch ist es jedes Jahr wieder sehr spannend und regt zu spannenden Voten an. Da möchte ich auch direkt einsteigen.

François Kuhlen (GPFK): Zuerst möchte ich die Gelegenheit nutzen, um Ivanka Basic herzlich willkommen zu heissen in der GPFK. Ich freue mich und kann auch sagen, dass du bald erfahren wirst, dass wir zu dem Thema Personal - welches du sehr betont hast - entschieden haben in der Stadtverwaltung eine Spezialprüfung zu machen. Dieser Prozess läuft im Moment. Du wirst dich also freuen, dass du dich dort einbringen kannst. Zum Thema Aufgaben- und Finanzplan 2023 bis 2027. Wenn wir zum Budget 2023 seitens der GPFK lobende Worte abgegeben haben, so ist doch die Aufgaben- und Finanzplanung Anlass zu grösserer Sorge. Ich erinnere an meine Bemerkung zu den Elementen im Budget, welche wir beeinflussen können und vor allem zu den Investitionen. In Lenzburg stehen im Planungshorizont einige für Lenzburger Verhältnisse Grossprojekte an, wo die Beeinflussbarkeit von anfallenden Investitionskosten als sehr gering zu bezeichnen ist. Ich spreche vom Ausbau der Schulbauten, insbesondere im Oberstufenbereich, nachdem die Bauarbeiten für die Unterstufe erfreulicherweise begonnen haben. Dann das Bahnhofsareal, welches wohl eine bisher nicht gekannte Dimension in Bezug auf finanzielle Mittel seitens der Stadt verlangen wird. Wir sind entsprechend informiert und haben darüber Diskussionen in der Begleitkommission Bahnhof geführt. Folglich werden in den nächsten Jahren Investitionen unser Budget zunehmend belasten und die Schulden der Stadt Lenzburg steigen kontinuierlich im betrachteten Planungshorizont, das sieht man auf der Darstellung auf Seite 4. Wenn ich diese betrachte, dann stellt sich unmittelbar die Frage, wie es weitergeht in den Jahren 2028 und später. Wir sind bereits im Jahr 2027 in einer Grössenordnung, welche der Kanton als eine "noch akzeptable Schuld pro Kopf" bezeichnet. Mit den Grossprojekten, welche bevorstehen, könnte das im Jahr 2028 nicht mehr der Fall sein. Wir regen deshalb den Stadtrat an, diese Entwicklung sehr aufmerksam zu verfolgen. Es ist uns klar, dass die Zukunftsaussichten von mehr als 5 Jahren immer schwieriger werden und weniger Aussagekraft haben. Aber die Szenariotechnik liefert, wenn richtig angewendet, wertvolle Hinweise zum Setzen der richtigen Prioritäten. Von den vielen beschriebenen Aufgaben hat vor allem die Schulplanung in der GPFK Anlass zur Diskussion gegeben, vor allem die Raumknappheit in der Oberstufe im Lenzhard. Ich habe es so formuliert, dass ich den Eindruck habe, dass der Stadtrat für die Planung und den Ausbau des Lenzhard-Schulhauses primär mit Plan A arbeitet. Plan A geht von der Realisierung der Kantonsschule auf dem benachbarten Zeughausareal aus. Plan B, das Szenario ohne Kantonsschule, wird aus unserer Sicht eher stiefmütterlich behandelt. Wegen der Tatsache, dass erstens der Kanton den

Standortentscheid immer wieder aufschiebt und zweitens die Raumknappheit im Lenzhard eminent ist, empfehlen wir, dass der Stadtrat den Plan A mit Kantonsschule zu Plan B macht und unverzüglich die konkrete Planung des Ausbaus des Lenzhard ohne Kantonsschule als Plan A erarbeitet. Das liegt im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler aber insbesondere auch im Interesse der Lehrerinnen und Lehrer. Vielen Dank.

Annette Sikyr (SP): Anja Kroll hat in der letzten Sitzung ein Beispiel gemacht und sie hat gesagt, die Investition in Lenzburg 21 kommt ihr vor, wie wenn man einen Tesla kauft, zahlt und danach in die Garage blickt und man hat dort ein Trottinett findet. Wir von der SP-Fraktion hoffen, dass es keine Wiederholung dieses Szenarios bei den Investitionen in den nächsten vier Jahren gibt. Es ist so; das Investitionsvolumen steigt stark an in den nächsten vier Jahren. Es ist unschön, dass wir in den Jahren 2026 und 2027 ein negatives Gesamtergebnis haben werden. Es ist unschön, wie stark die Verschuldung ansteigt. Aber es ändert nichts daran, dass Umbau- und Sanierungsmassnahmen anstehen von Schulhäusern, von der Bahnhofstrasse, von der Mehrzweckhalle, das ist alles Unterhalt unserer Infrastruktur, was wichtig ist und das alles ist auch verbunden mit einem Mehrwert bezüglich Nachhaltigkeit. Wir von der SP-Fraktion finden den Aufgaben- und Finanzplan nachvollziehbar und auch vernünftig und wir hoffen, dass wenn diese Investitionen gemacht sind, wir auch wirklich einen Tesla in der Garage haben.

Michael Häusermann (SVP): Wir danken dem Stadtrat für die Erstellung und Aushändigung des Aufgaben- und Finanzplans 2023-2027. Wir wissen, es ist eine rollende Planung und es kann noch Änderungen geben, aber es zeigt doch eine gewisse Tendenz auf. Dass der Stadtrat Investitionen auf Dringlichkeit und vor allem Notwendigkeit überprüft, das begrüssen wir natürlich, das ist klar. Was aber in den nächsten Jahren nicht minderwichtig sein sollte, ist die Prüfung der Tragbarkeit. Wir stehen hinter dem Steuerfuss von 105 %, das haben wir auch schon gesagt und wir denken, dass das der Massstab sein sollte für unsere Investitionen, die wir tätigen wollen. Die Grafik auf der Seite 3 zeigt eindrücklich auf, dass wir schwierige Jahre vor uns haben werden. Das Investitionsvolumen dürfte bei über 55 Millionen Franken bleiben und diverse Wünsche und Gelüste sind dort eben gar noch nicht drin. Wir haben viele Investitionen und wir haben notwendige Investitionen und deshalb geht es wirklich darum, dass man das genau anschaut. Ob es dann einen Werkhofausbau für 15 Millionen in dieser Grössenordnung braucht, das sollte uns der Stadtrat noch klar aufzeigen können. Auch uns macht es nachdenklich, dass die betriebliche Tätigkeit in all den Jahren, die wir sehen, im Minus ist. Wir haben im 2023, 2024 und 2025 zwar noch positive Zahlen für das operative Ergebnis, aber im 2026 und 2027 fällt auch das ins Minus. Es fällt dann eigentlich alles ins Minus. Wir sind wirklich nicht ganz optimistisch, was die Steuereinnahmen anbelangt. Natürlich stützt sich der Stadtrat auf die Angaben des Kantons, das ist auch richtig so, aber wenn wir sehen was alles im

Energiesektor geschieht so zweifeln wir, dass die Einkommens- und Vermögenssteuern so eintreffen, wie sie geplant sind. Und vor diesem Hintergrund teilen wir auch den Optimismus des Stadtrats, was eben die gleichbleibende Entwicklung des Finanzierungsergebnisses anbelangt, nur bedingt. Denn mehr als ein Drittel macht die Dividende der SWL bei diesem Finanzierungsergebnis aus und es wurde heute Abend schon mehrfach angesprochen, dass auch diese ins Wanken geraten dürfte. Und wenn diese ins Wanken gerät, dann sieht es noch bitterer aus. Also, ein Schuldenberg von über 25 Millionen zeigt uns der jetzige Plan auf. Das ist gewaltig und für uns ist es klar, dass man eben auch – das ist ein beeinflussbarer Posten wie Francis bereits gesagt hat – im personellen Bereich endlich Mass gehalten werden muss. Es wäre schön, wenn wir nicht die Einzigen sind, aber es ist eben wie es ist. Und für den neuen Finanzminister wünschen wir, dass er auch beim Verwaltungsaufwand genauer hinschaut. Vielleicht gibt es dort noch irgendwo Luft, welche man herausnehmen könnte. In diesem Sinne danken wir nochmals, wir haben ihn zur Kenntnis genommen und schauen mit angespannter Miene den kommenden Jahren entgegen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Aufgaben- und Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

9 Ringstrasse Nord, Sanierung Abschnitt Kreisel Hardstrasse - Niederlenzer Kirchweg, 7. + 8. Etappe; Verpflichtungskredit

Adrian Höhn (GPFK): Mit der Ringstrasse Nord, Sanierung Abschnitt Kreisel Hardstrasse bis Niederlenzer Kirchweg, also die 7. und 8. Etappe, haben wir ein Geschäft vor uns, welches wir ja eigentlich gut kennen. Wir machen die ganze Strasse in Etappen durch. Dieses Mal haben wir zwei zusammen, wir kommen endlich einmal ans Ziel, zumindest von der bestehenden Ringstrasse. Es ist auch positiv, dass man diese Abschnitte miteinander nimmt, das kann man relativ gut zusammenführen. Wir haben auch nicht allzu viel zu tun in nächster Zeit, beziehungsweise wir haben viel aufgeschoben und jetzt müssen wir das miteinander erledigen. Der Belag weist durch die hohe Belastung des Schwerverkehrs Spurrinnen auf, der Ablauf des Meteorwassers ist erschwert. Deshalb ist dieser Strassenbelag in einem schlechten Zustand. Das weiss jeder, der dort einmal mit dem Fahrrad darüberfährt, das holpert und macht, dies umso mehr, wenn man nicht so tolle Stossdämpfer hat. Um zukünftige Schäden zu verhindern, wird der Belag wie der restliche der Ringstrasse mit der Belastungsklasse T4A verbaut. Zudem muss der Belag, wie auch auf den anderen Abschnitten, zur Lärminderung mit einem lärmarmen Belag ausgestattet werden, der mindestens 1 Dezibel Reduktion erreicht. Bei der Fundation

darunter, der Kies-Sand-Fundation, geht man davon aus, dass diese in einem guten Zustand ist und man diese beibehalten kann. Die Kanalisation unter der Strasse ist nach Augenschein auch noch in Ordnung. Die SWL Energie AG wird aber im Zuge der Sanierung die Wasser- und Gasleitungen erneuern. Es wird also trotzdem dort aufgerissen. Das macht aber auch Sinn, besser jetzt als später den Belag wieder öffnen zu müssen. Im Abschnitt des Kreisels Hardstrasse bis Kirschgartenweg wird die Geometrie und die Spurbreite der Strasse und der Gehwege nicht verändert, sprich es bleibt alles wie bisher. Auch die Mittelinsel bei der Breiffeldstrasse zugunsten der Schulwegsicherheit bleibt bestehen. Die Randabschlüsse sind grösstenteils in einem schlechten Zustand und müssen erneuert werden. Trottoirs werden ebenfalls direkt erneuert und bei der Baumreihe werden Sickerverbundsteine zur besseren Bewässerung der Wurzeln verwendet. Zudem werden bei allen Ableitungen alle Fallstränge zur Hauptleitung erneuert und schadhafte Schlammsammler ersetzt sowie alle Klapproste neu eingebaut. Im zweiten Abschnitt, im Abschnitt Kirschgartenweg bis Kreisler Niederlenzer Kirchenweg weitet sich die Strasse von 7 auf 12 Meter aus. Da wird die Strassenführung zugunsten des Radwegs optimiert, sodass eine bessere Linienführung möglich ist. In diesem Abschnitt ist einer der wichtigen Fahrradwege, wenn man von Niederlenz und der weiteren Umgebung an den Bahnhof kommen möchte. Insbesondere werden die beiden Richtungen getrennt, zum Abzweiger in den Heroweg wird der Mehrzweckstreifen markiert und die Mittelinsel, als ökologische Ausgleichsmassnahme, das kennen wir schon aus anderen Geschäften, wird mit zwei Bäumen bepflanzt. Der Standort der Fussgängerstreifen bleibt dabei unverändert. Die drei bestehenden, als Besucherparkplätze genutzten Längsparkplätze werden beibehalten und neu mit Rasengittersteinen ausgeführt. Die beiden Bushaltestellen Ringstrasse Nord und Traitafina werden behindertengerecht ausgebaut, es ist auch gut, dass man das gerade vorzieht und im Zuge dieser Umgestaltung macht. Und zudem gibt es ein Buswartehaus, damit man auch im Regen nicht draussen stehen gelassen wird. Der Ein- und Aussteigebereich bei der Bushaltestelle Traitafina wird durch eine Rabatte vom Fahrradverkehr getrennt, damit dort, wo die Kapazitätssteigerung des Fahrradwegs stattfindet, nicht neue Probleme mit den Fussgängern entstehen. Zudem werden die Beläge bei der Bushaltestelle als Betonplatten realisiert, wie alle anderen Bushaltestellen auf der Ringstrasse Nord, damit es keine Spurrinnenbildung gibt, wenn der Bus im Sommer dort steht und der Belag aufweicht. Als Verbesserung für den Radverkehr wird die Radverbindung auf dem topografisch höher gelegenen Gehweg unter der Autobahn durchgeführt. Das ist eine Anpassung an die Realität, weil nämlich heutzutage das alle schon so machen, die dort durchfahren. Dazu wird der Gehweg auf 3m verbreitert, damit sowohl Fussgänger als auch Fahrradfahrer dort durch nach Niederlenz und zurück gelangen. Die Führung auf der Niederlenzerseite ist wiederum mit dem Projekt Staufbergstrasse von den Niederlenzern gesichert, also man steht dann nicht einfach beim Grenzweg mit dem Fahrrad am Berg, sondern man kann weiterfahren. Auf dem Abschnitt auf der Ringstrasse Nord wird der Fahrradverkehr ebenfalls mit dem Fussgängerverkehr kombiniert, aber, wie bereits angetönt, richtungsgetreunt. So kann der nördliche Weg von den Fahrradfahrern Richtung Bahnhof genutzt werden und der südliche wiederum von denen, die Richtung Niederlenz wollen. Zur Einspurung Richtung Bahnhof wird die bereits heute bestehende Aufstellfläche

zwischen der Mittelinsel beibehalten. Für den Fahrradverkehr nach Niederlenz wird parallel zum Fussgängerstreifen vor dem Kreisel eine separate Radquerung realisiert. Zu guter Letzt wird für das geplante Verkehrsmanagement auf der Ringstrasse Nord eine permanente Verkehrszählstelle realisiert. Durch das kann die Verkehrsbelastung schon vor einer allfälligen Realisierung der Verlängerung der Ringstrasse Nord erhoben werden und man hat auch im Verkehrsleitsystem, wenn es dann kommt, die entsprechenden Rohdaten. Das Geschäft hat in der GPFK wenig zu diskutieren gegeben, es ist gut vorbereitet gewesen und es trägt insbesondere dem Langsamverkehr Rechnung, mit guten und zweckdienlichen Lösungen. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat die Vorlage einstimmig zur Annahme. Auch wir von der GLP sprechen uns für die Sanierung dieser beiden Etappen aus und begrüßen insbesondere die der Realität angepasste Lösung der Fahrradverkehrsführung unter der Autobahnbrücke. Persönlich möchte ich dem Stadtrat noch auf den Weg geben, sich über eine allfällige Umbenennung der Bushaltestelle Traitafina zugunsten des Turnzentrums Gedanken zu machen. Mit dem Aargauer Turnzentrum, welches ja demnächst dort in der Gegend ist, haben wir doch ein wichtiges Bauwerk und ich glaube, es gehen doch einige ÖV-Benutzer mehr zum Turnzentrum als zur Traitafina Metzgerei, oder was auch immer man dort machen möchte, und suchen entsprechend dies auf dem Busfahrplan. Ich finde es eine gute Chance, das im Zuge des Umbaus auch umzusetzen. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke Adrian. Erlaube mir bitte den Hinweis, dass man voraussetzen kann, dass wir die Vorlage gelesen haben. Aber wenn es eine kurze Diskussion in der GPFK ist, dann gibt es meist nicht viel zu sagen. Danke für deine Ausführungen. Das Votum ist offen.

Heiner Cueni (FDP): Adrian hat eigentlich alles Wichtige gesagt, es ist für uns ein bekanntes Geschäft, daher gibt es nicht gross etwas zu reklamieren. Ich habe nur zwei Bemerkungen bei der Bushaltestelle, wo ein Kreisel kommt, dort werden die Fahrradfahrer von Niederlenz her durchfahren. Laut Auskunft von Christian Brenner gibt es, weil die Bushaltestelle etwas höher ist, eine kleine Rampe, sodass die Fahrradfahrer nicht ganz ungebremst den Buswartenden im Bushäuslein vor der Nase durchfahren. Auf das müsste man eventuell ein Augenmerk legen. Übrigens wird es bei der Bahnhofstrasse bei der Bushaltestelle gleich werden. Dort kann man erste Erfahrungen sammeln, wie denn das dort geht, sodass man eventuell noch Anpassungen vornehmen kann. Das andere ist die Ausführungszeit der Sanierung Bahnhofstrasse und der Sanierung dieser beiden Etappen, sodass diese, wenn es irgendwie geht, nicht zu fest übereinander liegen, damit der Verkehr Richtung Ost/West oder umgekehrt nicht zu stark auf die Achse Aarauerstrasse umgeleitet werden muss. Und nochmals zurück zu den Fahrradfahrern, die an der Bushaltestelle vorbeifahren. Ich denke es wäre dort wirklich sinnvoll, wenn sich die Fahrradfahrer den gegebenen Verhältnissen anpassen und generell auch überhaupt

dem Verkehr. Ich sehe von unserem Vorplatz aus auf die Murackerstrasse, Kreuzung Hallwilstrasse und dort sieht man alles Schlimme. Ich glaube, ich müsste keine Stunde mehr arbeiten, wenn ich die Bussen verteilen könnte, die ich von dort aus beobachte. Vielen Dank und die FDP ist einverstanden mit dieser Vorlage.

Hans Holliger (SVP): Wir von der SVP begrüßen auch, dass die Sanierung der Etappe 7 und 8 zusammengefasst werden. Das spart bei den Kosten der Installation. Die drei Parkplätze, die auf Initiative von Michael Häusermann angefragt wurden, konnte man mit Rasengitter anfertigen und das ist dankend aufgenommen worden. Dann begrüßen wir auch, dass der Fahrradweg unter der Autobahn erhöht durchgeführt wird, sodass sie noch legal durchfahren können, denn es wird jetzt schon von den Fahrradfahrern benutzt. Wir von der SVP-Fraktion stimmen diesem Begehren einstimmig zu.

Fabian Würmli (SP): Besten Dank. Dieser Abschnitt der Ringstrasse Nord Sanierung wurde in der Verkehrskommission besprochen, dort ist auch ein Mitglied von Pro Velo vertreten. Es ist als gute Lösung empfunden worden. Wir von der SP würden auch einstimmig dieser Vorlage zustimmen. Die guten Punkte haben meine Vorredner schon eingehend behandelt. Ich danke.

Daniel Frey (EVP): Als wir über den Projektkredit diskutiert haben, haben wir ein Votum abgegeben. Wir haben dort eine sehr heikle Situation. Nicht beim Verkehr, aber es hat auch Leute die dort wohnen und die eingepfercht sind zwischen Autobahn und Ringstrasse. Die Ringstrasse, dieses Projekt ist in Ordnung, da kann man von der technischen Seite nichts einwenden. Es ist alles gemacht worden, was in dieser Situation hätte gemacht werden können. Leider ist die geforderte Umsetzung von der Wohnraumqualität für uns nicht ganz befriedigend. Ich habe auch einmal eine Motion im Sinne gehabt, dass man die Teilstrecke wirklich mit 30 beschränken könnte. Ich finde es einfach wichtig, dass man auf solch heikle Szenen oder Wohngegenden, welche wirklich keine gute Wohnqualität haben, Rücksicht nimmt. Mir ist klar, das ist nicht unser Wählerklientel. Aber es sind Einwohner und wir sind Einwohnerräte, die eine gewisse Verantwortung tragen. Dieses Geschäft zurückzuweisen, ich glaube das macht auch keinen Sinn, aber wir müssen etwas machen. Aber es wäre vielleicht noch interessant, den Mut zu haben zu sagen "okay wir tun das, wir treffen Massnahmen für diese Strecke". Zeit verlieren wir nicht viel. Der Autofahrer, der Fahrradfahrer oder wer auch immer, vielleicht 30 Sekunden. Aber ich finde es enorm wichtig, dass wir für die Einwohner, die wir hier ja vertreten, auch ein bisschen ein Zeichen setzen, dass wir sie nicht vergessen haben und nicht einfach allen Verkehr über die Ringstrasse Nord lenken, sondern wir Massnahmen treffen, damit wir auch Wohnqualität bieten können. Das wird sicher ein politischer Prozess sein, wenn man überall Tempo 30 machen möchte und das wird auch ein langer Prozess sein. Wir könnten ja am

Anfang Tafeln aufstellen mit "Wir empfehlen 30". Vielleicht gibt es auch ein paar Autofahrer die das ernst nehmen. Dem Schwerverkehr, welcher dort durchfährt und wo ständig Zeitdruck herrscht, kann ich ein Kompliment aussprechen. Wenn sie mit ihren Kieslastwagen und weiteren zu liefernden Sachen mit Tempo 40 durchfahren, dann ist das viel. Darum bitte ich auch hier um ein wenig Innovation. Ich denke man kann kostenneutral sicher etwas machen für eine gute Wohnqualität.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Darf ich nochmals kurz nachfragen, ob das konkret ein Antrag ist, worüber wir abstimmen müssen, dass man Tempo 30 effektiv machen soll, oder einfach als dein Votum, dass du das gerne hättest und der Stadtrat nachher schauen muss, was er damit macht; was eben auch ein bisschen schwierig sein könnte.

Daniel Frey (EVP): Ich denke ein Antrag wäre nicht mehrheitsfähig. Ich denke aber, dass sich das Bauamt Möglichkeiten überlegen könnte, was wir machen könnten. Es braucht nicht eine Tempo 30 Zone, da müssten wir uns politisch zusammensetzen und dies lösen. Und wie wir wissen gehen politische Prozesse manchmal etwas länger. Aber ich glaube bei solchen Projekten sollte man etwas machen können, was auch einen Sinn ergibt. Und da bitte ich einfach, dieses Anliegen ins Baudepartement zu nehmen, um zu schauen was wir machen können. Vielleicht gibt es eine Antwort. Oder schön wäre natürlich, wenn diese Strasse fertig ist und man sieht, dass etwas gemacht wurde.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke für deine Präzisierungen.

Regula Züger (Grüne): Dann stelle ich jetzt den Rückweisungsantrag. Ich weiss es besteht vermutlich keine Chance, aber man muss es immer versuchen und auch wenn die SP gesagt hat sie stehen 100 % dahinter, vielleicht erinnern sie sich trotzdem plötzlich daran, dass eigentlich ganz viele von der SP auch dafür sind, dass man überall in städtischen Gebieten nicht mehr als dreissig fahren sollte. Es hat nicht nur für die Anwohner definitiv positive Auswirkungen, das hat man in hunderten von Studien schon bewiesen, sondern es hat auch für die gesamte Umweltbelastung generell nur Vorteile, wenn in städtischen Gebieten überall dreissig wäre. Dieser Ausbau des Stücks ist zwar ein schönes Projekt, sehr gut ausgearbeitet und es hat sicher viele Vorteile für den Fahrradverkehr bei diesem Projekt. Aber denkt man daran, was nachher noch alles mit dieser Ringstrasse passiert – denn das ist ja jetzt nur eine Etappe - dann denke ich, dass man in der heutigen Zeit einmal Grösser denken dürfte. Deshalb möchte ich einen Rückweisungsantrag stellen, mit dem Auftrag nochmals zu schauen, ob es nicht möglich ist, die jetzt diskutierten Stücke, schon so zu bauen, dass man eine Tempo 30 Zone machen kann. Natürlich mit der Agenda im Blick,

dass man auch die anderen Stücke und irgendwann die ganze Strasse mit Tempo 30 belegt. Ich wage dies jetzt, diesen Rückweisungsantrag zu stellen, entgegen den ganzen bereits gemachten Meinungen. Das würde den Zeitplan natürlich noch einmal nach hinten verschieben, aber ich sehe da auch nicht, dass man es heute und morgen umsetzen muss.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke. Dann debattieren wir jetzt über diesen Rückweisungsantrag. Die Debatte ist jetzt offen.

Daniel Blaser (die Mitte): Ich möchte gerade bei Regula anknüpfen. Es ist sicher allen bekannt, dass diese Strecke Richtung Niederlenz bereits eine Dreissigerzone ist. Mir ist bewusst, dass die Westumfahrung eine Entlastung geben sollte für dieses ganze Gebiets und dass es laufen muss dort. Ich bin diese Strecke zwei Mal gefahren und ich habe 49 Sekunden länger gebraucht mit dreissig als mit fünfzig. Man muss auch bedenken, dass man an beiden Seiten, an der Aarauerstrasse und nachher auch unten, zu 100 % noch anstehen wird und warten muss. Dort verliert man auch noch Zeit. Also ich finde, wenn wir uns für eine Dreissigerzone entscheiden, dann wäre jetzt der richtige Zeitpunkt dafür. Denn wenn wir bauliche Massnahmen treffen müssten, käme es sicher günstiger, als wenn wir nach den Verkehrszählungen feststellen, dass eine Dreissigerzone doch besser wäre und wir dann wieder Verkehrsberuhigungsmassnahmen ergreifen müssen. Dies wäre wahrscheinlich dann teurer. Merci.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Bei aller Sympathie für Tempo dreissig bitte ich heute den Rat, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Wir haben diese Strasse einmal klassifiziert als Sammelstrasse. Es wird ein lärmarter Belag eingebaut. Was aber entscheidend ist, wenn man Tempo dreissig macht; die Verkehrsführung für Fahrradfahrer sieht anders aus. Dann wird diese nicht mehr auf dem Trottoir, so wie es jetzt auf dem Gehweg geplant ist, passieren können, sondern dann wird der Fahrradfahrer wieder auf der Strasse sein und dann wird man dort Mischverkehr haben. Die Strasse ist also für Autos und Fahrräder gedacht. Man hat jetzt eigentlich eine gute Situation schaffen können mit dieser Verkehrsführung für die Fahrradfahrer. Das andere ist, dass die Tempo-Dreissig-Zonen nur in Ausnahmesituationen die Möglichkeit haben, einen Fussgängerstreifen zu erhalten oder Fussgängerüberführungen zu machen. Dies ist bei stark frequentierten Schulwegen möglich, wird aber vor allem in der Nähe von Kindergärten und Schulanlagen gestattet und das ist relativ weit weg dort von Schulanlagen. Deshalb sehen wir dort auch für die Fussgänger, mit der Fussgängerführung so wie sie jetzt geplant ist, eine gute Situation wo wir nachher eine unsicherere Situation haben würden. Danke.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag wurde mit 18 zu 13 Stimmen abgelehnt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge der Sanierung Ringstrasse Nord, Abschnitt Kreisel Ringstrasse/Hardstrasse bis Niederlenzer Kirchweg zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 1'295'000.–, zuzüglich teuerungsbewingter Mehrkosten, bewilligen.

Abstimmung

Der Antrag wurde mit 26 zu 1 Stimme angenommen.

10 Postulat FDP: Suchtmittelfreie Zone auf Lenzburger Schularealen: Überweisung

Corinne Horisberger-Buri (FDP): Die Lenzburger Schulanlagen haben seit längerem mit Littering von kleineren und grösseren nächtlichen Partys zu kämpfen. Es bleibt vieles liegen, was die Schulabwarte immer mehr fordert am Morgen. Es haben sich aber auch bereits ganze Schulklassen im Angelrain im Rahmen von Klassenprojekten mit dem Thema Littering auf dem Schulhausplatz beschäftigt und clean up days veranstaltet. Auch nach Rücksprache mit der Regionalpolizei hat sich bestätigt, dass die Schulzentren ein Hotspot sind und Handlungsbedarf besteht. Auch uns ist es ein Anliegen, Kinder und Jugendliche vor allem auf dem Schulgelände vor Alkohol und Drogen zu schützen und Littering in diesem Ausmass zu vermeiden. Dabei ist es wichtig, dass die Schulanlagen allen Benutzern offenstehen, sofern sie sich an die Regeln halten und wir zukünftig an unseren Sitzungen nicht von einem speziellen Duft eingenebelt werden. Die FDP-Fraktion dankt für die Unterstützung des Postulats.

Iris Bachmann (Die Mitte): Wir von der Fraktion Die Mitte und EVP sind in vielem eurer Meinung. Littering ist ein grosses Problem. In der Schule, aber auch im Rest der Stadt. Es ist vor allem unfair, wenn sich eine grosse Mehrheit an Regeln hält und ein paar wenige dafür sorgen, dass auf dem Schulareal Abfall herumliegt. Wir verstehen, dass es vor allem die Schüler irritieren muss. Sie werden zum Sauberhalten des Schulgeländes erzogen, sie müssen lernen den Abfall in den Abfalleimer zu werfen, sie halten sich daran und kaum kommen die Schüler aus der Schule, haben sie das alles vergessen. Wo sind dann für sie die Vorbilder? Ich persönlich sehe vor allem im Littering aber auch eine Provokation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Vor allem wenn es um Glasscherben geht, sehe ich auch eine Gefahr für die Schüler. Wir lehnen das Postulat trotzdem ab – mit folgender Begründung: Das Schulareal ist ein Ort, sicher für die Schüler, aber auch ein Ort wo sich Jugendliche und junge Erwachsene treffen können und ihre Freizeit verbringen, um zu reden, Sport zu treiben und zusammen zu sein. Es ist auch typisch für dieses Alter, dass man sich ausserhalb des Elternhauses trifft. Es ist auch so, dass nicht alle Jugendlichen so wohnen, dass sie ihre Clique nach Hause einladen können. Für sie sind solche Orte die einzige Möglichkeit, sich unbeobachtet zu treffen. Unter Suchtmittel verstehe ich, wenn es um Gefahren geht. Hier geht es um Bierflaschen und Alkohol. Wir alle sind einmal jung gewesen. Es ist illusorisch zu glauben, wenn es ein solches Verbot gibt, sich die Jugendlichen daran halten. Wenn sie es nicht dort konsumieren, dann eben an einem anderen Ort. Und wenn sie auch dort nicht mehr Suchtmittel oder sagen wir ein Bier trinken dürfen, dann ist es auch illusorisch, dass sie ein Elmer Citro mitnehmen. Wie schon gesagt, wenn wir ihnen diesen Ort unattraktiv machen, gehen sie irgendwo anders hin. Wir sind zudem auch gegen den Einsatz der Polizei. Vielmehr sollten Streetworker, Jugendsozialarbeiter, eingesetzt werden, die das Gespräch mit den Jugendlichen suchen und sie daran ermahnen, diesen Ort sauber zu hinterlassen.

Janine Pfister Meier (SP): Wir wollen eine saubere Stadt. Wir wollen eine saubere Schule. Der Stadtrat will das auch und ist sich dieser Thematik bewusst, die im Postulat steht. Wir wissen, dass der Stadtrat bereits eine Arbeitsgruppe einsetzen wird. Diese Arbeitsgruppe heisst "Sachbeschädigung und Littering" unter der Führung der Polizei mit Mitgliedern aus der Verwaltung, dem Werkhof und der Gesellschaftskommission. Wir von der SP vertrauen darauf, dass diese Gruppe eine gute Lösung findet und deshalb ist das Postulat eigentlich überflüssig und wir sind gegen eine Überweisung.

Ruby Nina Häusermann (FDP): Ich möchte kurz auf dich, liebe Iris, Bezug nehmen. Ich weiss selbst wie es aussieht am Montagmorgen, wenn wir nach dem Wochenende wieder arbeiten kommen. Was unsere Hausabwarte leisten müssen, damit es nicht immer noch aussieht, als wären wir auf einer Mülldeponie, wenn die Kinder um halb acht kommen, das ist wirklich grosse Klasse. Ich möchte Bezug nehmen auf die 100'000 Franken, die wir als Gewinn erzielen

möchten. Ich bitte ich die liebe Mitte, uns zuzustimmen mit dem Postulat, weil wenn die Polizei Bussen verteilen darf, dann haben wir super Chancen, dass wir anstatt der 100'000 Franken sogar 200'000 Franken einnehmen können.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Überweisung:

Das Postulat der FDP "Suchtmittelfreie Zone auf Lenzburger Schularealen"

Abstimmung

Das Postulat wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen nicht überwiesen.

11 Dringliches Postulat vom 24. September 2020 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland); Bericht des Stadtrats (gemäss der mündlichen Beantwortung vom 3. Dezember 2020)

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir kommen nun zum Traktandum 11, das dringliche Postulat vom 24. September 2020 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria; der Bericht des Stadtrats. Das ist bereits mündlich erfolgt, da folgt jetzt noch die schriftliche Ergänzung, sodass alles seine Ordnung hat. Gibt es hierzu eine Wortmeldung?

Annette Sikyr (SP): Im Namen der SP-Fraktion möchten wir ein grosses Dankeschön aussprechen für die Bereitschaft im Jahre 2020, Flüchtlinge aus dem Lager Moria aufzunehmen. Ein grosses Dankeschön auch jetzt in diesem Jahr für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine. Wir haben das super gefunden, wie ihr schnell reagiert habt, als der Ukrainekrieg losgegangen ist. Im März habt ihr bereits begonnen, nach geeigneten Räumlichkeiten zu suchen. Ihr habt dann eine Einigung gefunden mit dem Eigentümer des leerstehenden Hotels Lenzburg, ihr habt einen Spendenaufruf gemacht und dieses Hotel wieder neu eingerichtet und habt danach dafür geschaut, dass es eine ukrainisch-sprechende Ansprechperson gibt. Wir finden das ist eine gute,

tragfähige längerfristige Lösung. Merci vielmals, ganz besonders an Beatrice Taubert, die zuständig ist für dieses Ressort.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag:

Dem Einwohnerrat wird gestützt auf § 29 Abs. 3 der Gemeindeordnung beantragt, diesen Bericht gutzuheissen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

12 Postulat Die Mitte, SP, EVP, glp, Lenzburg wird kinderfreundliche Stadt, Bericht des Stadtrats

Daniel Blaser (Die Mitte): Von der Motion im Dezember 2018 zum modifizierten Postulat 2021. Manchmal ist der Weg lang und anstrengend, aber es ist schlussendlich wichtig, dass man das Kernziel eines Antrags nicht aus den Augen verliert. Das ist uns meiner Meinung nach mit diesem Postulat gelungen. Dank diesem Postulat haben wir jetzt die Sicht einer externen und erfahrenen Beratungsstelle und wissen, wo wir die Kriterien gut erfüllen und wo wir uns als Stadt nach den Kriterien des UNICEF-Labels noch verbessern können. Laut der Auswertung erfüllt die Stadt Lenzburg 52,1 % der UNICEF-Kriterien. Dass die Stadt Lenzburg nur knapp mehr als die Hälfte der Anforderungen für eine kinderfreundliche Stadt erreicht, ist uns nicht genug. Beim UNICEF-Label geht es nicht darum, 100 % der Kriterien absolut zu erfüllen, sondern um den Prozess, der dahintersteht. Die Umstände, unsere Stadt regelmässig zu überprüfen und zu verbessern, sollte auch ohne ein Label unsere Aufgabe sein. Hier hat der Stadtrat bereits einige Varianten vorgeschlagen, die für das weitere Vorgehen der Stadt in Frage kommen. Wir erachten die Variante 2 als besonders sinnvoll, da sie sich auf die Verbesserung der Strategie und Handlungsfelder konzentriert und die Kosten für das UNICEF-Label einspart. Es braucht eigentlich gar kein Label, um kinderfreundlich zu sein und sich zu verbessern. Wichtig ist, dass wir auch ohne dieses UNICEF-Label an einem Konzept arbeiten und uns stetig um das Wohl der Kinder in unserer Stadt

bemühen. Durch die heutige Erhöhung der Stellenprozente im Konto 5452.3010 in der Verwaltung haben wir jetzt die Kapazität, an unseren Zielen zu arbeiten und sie schlussendlich auch umzusetzen. Die Mitte Fraktion dankt dem Stadtrat und allen beteiligten für die Standortüberprüfung und den daraus resultierenden Bericht. Es ist uns wichtig, dass wir im Einwohnerrat sobald wie möglich über den Massnahmenkatalog informiert werden. Die Mitte-Fraktion stimmt diesem Bericht sehr gern zu und befürwortet den Vorschlag 2 für das weitere Vorgehen des Stadtrats.

Julia Mosimann (SP): Ich kann mich dem Dank von Dani anschliessen. Wir haben die Ausführungen in diesem Bericht sehr geschätzt. Es ist verständlich aufgeführt worden, was die Überlegungen und Hintergedanken gewesen sind. Auch die Aufführung und Auflistung der möglichen Varianten haben uns geholfen für das Verständnis. Das Vorgehen, welches der Stadtrat vorschlägt, erscheint uns plausibel und wir unterstützen das auch. Man hat mit diesem Postulat das Ziel erreichen können, welches wir gefordert haben. Wir haben gefordert, dass man den aktuellen Stand aufnimmt und so Problemzonen und Zonen wo wir noch Potenzial haben aufgedeckt werden. Das ist uns mit diesem Postulat gelungen. Jetzt geht es weiter, dass wir genau dort ansetzen und wir uns dort verbessern können, wo Potenzial besteht. Für das brauchen wir prinzipiell kein Label. Logisch ist ein Label gut, vielleicht für die Repräsentation nach aussen. Es zeigt auf, dass man da etwas macht. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es das nicht zwingend braucht, vor allem auch im Hinblick auf die Kosten, die damit verbunden sind. Man kann auch ohne dieses Label an den Punkten arbeiten, wo wir Lücken sehen. Man kann das Geld, welches wir jetzt nicht in dieses Label investieren, sonst investieren, dort wo es den Menschen und Kindern zugutekommt. Besten Dank.

Antrag:

Dem Einwohnerrat wird gestützt auf § 29 Abs. 3 der Gemeindeordnung beantragt, diesen Bericht gutzuheissen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

13 Umfrage

Baumpflanzung in der Widmi

Michael Häusermann (SVP): Es tut mir leid, ihr müsst mich nochmals kurz ertragen. Aber ich bin nicht ganz selbst schuld. Wir haben an der Sitzung vom 5. Mai 2022 beschlossen, eine Blutbuche in der Widmi zu setzen. Ich denke ihr mögt euch daran erinnern. Der Beschluss war einstimmig und dieser Beschluss zählt eigentlich auch. Ich bin auf diese Blutbuche gekommen, weil das einfach ein fantastischer Baum ist und wunderschön in der Ästhetik und diese Blutbuche hätte einen farbigen Punkt setzen können in der Widmi. Es ist mir nicht verborgen geblieben, dass es um die Buche Diskussionen gibt betreffend Klimaverträglichkeit, etc. Dort gibt es halt einfach verschiedene Meinungen. Warum ich euch die Blutbuche vorgeschlagen habe, ist, weil die Stadtgärtnerei Basel, welche durchaus eine Kapazität ist im grünen Bereich, diesen Baum zum Baum des Jahres gewählt hat. Wenn dieser Baum nichts taugen würde, dann würden sie dies nicht machen. Und es gibt einen weiteren Punkt. Es gibt in Deutschland eine "Baum des Jahres-Stiftung". Diese hat die Rotbuche ebenfalls zum Baum des Jahres gekürt und was dort noch lustig ist - zum ersten Mal wurde ein Baum zwei Mal "Baum des Jahres". Das haben andere noch nicht geschafft. Und deshalb, es gibt durchaus Personen und Fachkapazitäten, welche eine Zukunft sehen in der Buche und die Hoffnung dort nicht aufgeben. Kurz darauf, nachdem wir hier diese Blutbuche eigentlich gesprochen haben, habe ich die Rückmeldung erhalten, das gehe mit dem Klima nicht. Das Bauamt hat sich da ebenfalls gemeldet und mich darüber informiert, dass sie das nicht die beste Idee finden. Das Bauamt hatte dann Besuch eines Vertreters einer deutschen Baumschule, wo diese Bäume offenbar bezogen werden. Der Herr, der gekommen ist, war in der Widmi und hat für die Widmi von einer Rotbuche abgeraten. Das hat das Bauamt mir mitgeteilt. Jetzt bin ich natürlich in ein Dilemma gekommen, was wir jetzt mit dieser Buche machen. Da habe ich gedacht, das Bauamt muss diesen Baum ja pflegen und wenn dieser Baum eingeht bin ich schuld, weil ich gesagt habe, es müsse eine Blutbuche sein. Dann habe ich mir das Ganze nochmals überlegt und gedacht, das Leben geht auch weiter ohne Blutbuche und es gibt ja tatsächlich auch noch andere Bäume. Es ist dann ein Vorschlag gekommen - man findet das auch im Internet - das wird heutzutage mit "Klimabäume" betitelt. Dort sind andere Bäume genannt, welche resistenter sind, was Gebiete mit wärmeren Standorten anbelangt. Ich habe mir einen Schupf gegeben und gesagt, mit dem kann ich auch leben. Ich habe dem Bauamt die Rückmeldung gegeben, dass man durchaus einen anderen Baum nehmen kann. Ich bin dort, das kam von mir aus, auf eine Zerreiche gestossen (*Quercus cerris*). Das ist eine Eiche, welche klimaverträglich ist und auch diese ergibt mit den Jahren einen wunderbaren Baum und ein wunderbares Gebilde auch für alle Insekten und Tiere, welche in diesem Baum leben werden. Weil wir aber einen Beschluss gefällt haben, um eine Blutbuche zu setzen, muss ich nochmals zurückkommen und der Antrag wäre nun - eine Zerreiche zu setzen. Uns zu fragen, ob das in Ordnung ist, muss der Präsident, weshalb ich nun das Wort

zurück an Remo Keller gebe. Ich bitte jedoch, auch diesem Baum zuzustimmen. Vielleicht, das ist noch nicht abgemacht mit dem Bauamt, gibt es dann eine schöne Pflanzaktion und wir können noch einen Aperó nehmen oder so. Denn ich finde es immer noch toll, nach wie vor, dass wir über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig für einen schönen, wunderbaren Baum gestimmt haben und diesen in der Widmi pflanzen können.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke für die Ausführungen. Die Zerreiche (*Quercus cerris*) steht zur Frage. Weil wir da einen formellen Beschluss haben, welcher sehr spezifisch ist, ist das Thema jetzt wieder hier im Rat. Erste Frage, seid ihr damit einverstanden, wenn wir informell wieder auf diesen Beschluss zurückkommen? Ich denke wir können dies informell tun, es sei denn jemand möchte sich gross äussern.

Fabian Würmli (Verein IG Teegarten): Ich möchte nur kurz etwas hinzufügen und möchte es nicht in die Länge ziehen. Ich habe ebenfalls mit dem Bauamt gesprochen und deshalb möchte ich nochmals sagen, dass es mir ein Anliegen ist, dass dieser Baum – man hat ja gesagt, er soll gross und schattenspendend sein und der Betrag ist ebenfalls festgelegt – möglichst viele Personen beschatten kann. Ich habe das Gefühl, die meisten Leute halten sich im Bereich Teegarten auf und daher wäre ich froh, wenn man es dahingehend anpassen kann, dass man diesen auch in diesem Bereich pflanzt und nicht irgendwo beim Teich vorne, wo er dann wieder den Teich verschlammt. Und zwar so, dass der Baum Schatten spendet, wenn die Sonne scheint und nicht wie bei den anderen Bäumen und Bänken, die genau verkehrt stehen. Der Verein IG Teegarten würde diesen Prozess gerne begleiten und tatkräftig unterstützen. Ich hoffe, das ist auch in eurem Sinne. Dankeschön.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Weitere Wortmeldungen? Hat jemand im Rat etwas dagegen, dass wir auf diesen Beschluss zurückkommen, nicht zuletzt auch, weil wir es nicht traktandiert haben? Das scheint nicht der Fall zu sein. Hat jemand etwas dagegen, wenn es dort keine Blutbuche gibt, sondern grundsätzlich eine Zerreiche; aber falls wieder etwas dazwischenkommt, etwas anderes Passendes? Ich sehe kein Veto. Besten Dank. Dann ist das Mikrofon offen.

Energiesparmassnahmen

Annette Sikyr (SP): Energie ist knapp – verschwenden wir sie nicht. Das ist der aktuelle Slogan der Energiesparkampagne des Bundesrats. Geschätzter Stadtrat, was heisst das für Lenzburg? Was plant die Stadt Lenzburg an Energiesparmassnahmen, wie plant die Stadt Lenzburg, dass man

systemrelevante Dienstleistungen sicherstellen kann? Und gibt es Vorgaben an die Unternehmungen oder an Private in der Stadt Lenzburg und wie werden diese Vorgaben durchgesetzt? Danke.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Der Stadtrat hat eine Arbeitsgruppe Strommangellage eingesetzt, welche sich mit der Situation auseinandersetzt. Es geht darum, Massnahmen zu ergreifen, die von übergeordneten Stellen – sei es vom Bund oder Kanton – kommen. Dass diese umgesetzt werden – immer mit dem Ziel, dass wir jetzt Energie sparen und somit gar nie in diese Mangellage kommen. Im Laufe der nächsten Wochen werden wir kommunizieren, was dort für die Stadt angedacht ist. Für Unternehmen und die Bevölkerung geben die übergeordneten Stellen, Bund und Kanton vor, wie man damit umgehen soll. Es macht keinen Sinn, wenn wir ebenfalls noch ein Merkblatt herausgeben würden. Wir empfehlen, dass man sich an Bund und Kanton orientiert. Als Stadt haben wir zum Beispiel die Möglichkeit, die Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden abzuschalten, was wir voraussichtlich auch tun werden.

Fussballplatz; Garderobengebäude

Fabian Würmli (SP): Es heisst ja Umfrage, damit man Fragen stellen kann. Ich habe eine Frage und zwar hat man den Kunstrasen ja jetzt wunderbar eingeweicht auf dem Fussballplatz. Vielleicht liege ich falsch, ich verstehe es wirklich nicht, aber daneben beim Garderobengebäude liegt der alte Kunstrasen. Für mich sieht dieser eher aus wie Littering. Ich als Architekt muss eine Baustelle aufräumen, wenn ich fertig bin. Kann man diesen Rasen möglichst einfach entfernen? Vielleicht kann man die Basketballkörbe die dort liegen, wieder aufstellen oder gibt es ein grosses, übergeordnetes Konzept oder ist man offen?

Daniel Mosimann (Stadtammann): Mir ist dasselbe aufgefallen am letzten Samstag bei der Einweihung des neuen Kunstrasens. Dass wir dort eine unschöne Situation haben, das ist tatsächlich so und ich nehme dies mit und wir werden schauen, wie wir diese Situation bereinigen können, damit es wieder eine Falle macht. Aufräumen ist eine Variante, aber ersetzt wird dort sicher nichts.

Diverse Fragen betreffend Schule Lenzburg

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ich habe gerade eine Frage erhalten, welche ich gerne weitergeben würde und zwar die Anfrage von der SVP betreffend Schule. Die Frage ist, wie gross das Interesse aufgrund der fortgeschrittenen Zeit ist oder ob wir es auf die nächste Sitzung schieben.

Barbara Portmann (Stadträtin): Danke für die rechtzeitige Zustellung der Fragen, so konnten wir es bereits aufbereiten. Ich lese jetzt die Frage und den Text nicht vor, den haben unterdessen alle erhalten. Ich komme direkt zu den Antworten. Als kleine Vorbemerkung: Die Zusammenführung der Oberstufen an einem Standort hat sich aus Sicht der Schulleitung und des Stadtrats sehr bewährt und man versucht, möglichst viele Anlässe zusammen zu machen, insbesondere zum Beispiel im Bereich des Sports. Es gibt einfach Grenzen wegen der Anzahl Schülerinnen und Schüler. Mit total 580 Personen stösst man manchmal einfach an die Grenzen des Machbaren, was man organisieren kann. Es muss also weiterhin möglich sein, gemeinsame Anlässe zu machen und auch getrennte - nach Stufen. Dann hat sich die Frage ja hauptsächlich um die Abschlussfeiern gedreht, wo diejenigen der Sek und Real im alten Gemeindesaal und die der Bezirksschule in der Stadtkirche stattgefunden haben. Da kann man sagen, es hat schon seit Jahren so stattgefunden, mit Ausnahme der Coronajahre. Beide Örtlichkeiten haben Vor- und Nachteile und bilden einen würdigen Rahmen für diese Feiern. Es hat aus unserer Sicht keine Wertung dahinter, dass die eine oder andere besser oder schlechter ist. In der Stadtkirche schränkt die Raumaufteilung gewisse Sachen ein. Man kann zum Beispiel die Tanzvorführungen, welche im alten Gemeindesaal stattfinden, in der Kirche nicht machen. Gleichzeitig schränkt es auch in einem gewissen Masse ein, weil es eben ein religiöser Ort ist und vielleicht nicht alle gerne in eine Stadtkirche kommen für so eine Feier. Umgekehrt hat man eben im alten Gemeindesaal den Vorteil, dass man so Sachen machen kann, die man auf einer Bühne machen kann und gleichzeitig hat man dort den Nachteil, dass der Saal weniger Platz aufweist. Das hat dazu geführt, dass man die Anzahl derer, die man einladen konnte, unterscheiden musste. Deshalb konnten die Familien der Bez-Schüler zu viert kommen und die Familien der Sek und Real konnten nur zu zweit kommen. An diesen Anlässen sind Fragen gekommen, welche wir aufgenommen haben und wir für nächstes Jahr anschauen wollen. Insofern sind da offene Türen eingemauert. Aber mangels einem grossen Saal wird eine gemeinsame Feier mit sehr vielen Kindern schwierig. Ideen sind gerne willkommen, aber wir sehen momentan nicht, wie man alles in einem Saal machen und dem einzelnen Schüler / der einzelnen Schülerin gerecht werden kann mit dieser persönlichen Verabschiedung. Dann ist noch die Frage wegen dem Apéro. Ich weiss nicht woher das kommt. Ich bin an allen drei Apéros gewesen und habe immer dasselbe gegessen. Das ist von den Lehrpersonen der WAH mit Hilfe der Schülerinnen und Schüler gemacht und liebevoll vorbereitet worden und ich weiss nicht, woher diese Information stammt, dass das nicht dasselbe hätte sein sollen. Zur Frage was wir unternehmen, dass diese Gleichbehandlung stattfindet unabhängig von der Schulabteilung haben wir keinerlei Hinweise, dass irgendetwas nicht korrekt oder gleichbehandelt würde. Ausser eben mit dieser Einladungsgeschichte wegen der Raumgrösse. Es ist uns sogar ein Anliegen, dass diese Synergien möglichst genutzt werden, die Durchmischung möglichst gut ist und weiteren Handlungsbedarf in dieser Sache sehen wir grundsätzlich auf der Ebene des Stadtrats nicht. Wir vertrauen auch darauf, dass die operativen Fragen der Ausgestaltung von Schulanlässen durch die Schulleitung und die Lehrpersonen kompetent gemacht werden und wir eigentlich jetzt nicht sehen, dass der Stadtrat sich um diese Anliegen im Detail kümmern soll. Wir möchten uns auf die strategischen Fragen

konzentrieren. Dann ist noch die Frage gewesen, warum die Schulleitung während dem Jugendfest nicht dabei gewesen ist. Da ist es so, dass das BKS dieser Schulleitungsperson ein Dienstaltersgeschenk gewährt hat. Man hat den Urlaubszeitpunkt so festgelegt, dass für den Schulalltag der beste Zeitraum gewählt wurde. Dies im Zusammenhang mit der Pensenplanung und dem Stundenplanprozess. Der Zeitpunkt wurde für vor den Sommerferien festgelegt und von der Schulpflege so bewilligt. Da haben sich keinerlei Nachteile am Jugendfest ergeben, dass die eine Schulleitungsperson dort gefehlt hat. Nun noch zur Frage, wie wir die Traditionen und Usancen der Regionalschule unterstützen. Die Schulleitung unterstützt diese Traditionen und leistet auch als Schule ihren Beitrag dazu. Das Jugendfest, der Lenzburgerlauf, der Räbeliechtliumzug als Beispiel. Diskussionen gab es einzig rund um das Freischarenmanöver, nicht grundsätzlich, sondern in Folge des Kriegs in der Ukraine und das nicht aufgrund einer grundsätzlichen Ablehnung dieser Traditionen. Die neu eintretenden Lehrpersonen werden am Begrüssungsanlass über die Traditionen und die wichtigen kulturellen Anlässe, die wir hier haben, orientiert und der Stadtrat erwartet weiterhin, dass die Schulleitung sich für die wichtigen Anlässe engagiert, sie unterstützt, sie mitgestaltet und dass sie die angestellten Lehrpersonen auch entsprechend darüber orientiert, sie motiviert das mitzutragen. Die entsprechenden Erwartungen werden an verschiedenen Orten thematisiert.

Petition Anwohner Neumattstrasse, Wässermatten, Rennweg, Willigraben

Daniel Mosimann (Stadtammann): Diese Anfrage ist vorher schriftlich eingereicht worden. Es geht um die Anfrage zur Petition von den Anwohnern der Neumattstrasse, Wässermatten, Rennweg und Willigraben, wo man eigentlich einen Zubringerdienst installieren möchte, der für Anwohner gestattet ist. Manuel Silva hat im Mai die Frage einmal gestellt, da gebe ich zu, die Petition ist damals bei mir nicht auf dem Radar gewesen. Das hat nichts damit zu tun, dass man sich schwertut mit dieser Antwort. Wieso hat das jetzt so lange gedauert? Das ist so, weil wir sorgfältige Abklärungen gemacht haben, das ist das eine. Das Zweite ist, dass wir jetzt eine Terminfindung mit dem Gemeinderat Staufen, denn das betrifft Staufen ebenfalls, der Abteilung Tiefbau und Verkehr und mit mir machen mussten, sodass man nachher die Orientierung durchführen kann. Die Orientierung findet am 1. November statt. Ich glaube die Einladung sollte mittlerweile eingetroffen sein. Warum sind gewisse Quartierstrassen mit einem Fahrverbot versehen worden? Das sind primär Quartiere rund um den Bahnhof mit dem Grund, den Zubringerverkehr zum Bahnhof, Umsteigebeziehungen vom Auto auf den Zug, Taxidienst, usw. zu unterbinden, ebenfalls das Parkieren von Pendlern auf öffentlichem Grund. Darum dort die Massnahme. Und das andere ist, dass wir gewisse Strassen haben, z.B. am Bannhaldenweg. Dort war bereits vorher ein Fahrverbot. Mit der Begründung, dass man den Umweg oder den Schleichweg von der Ammerswilerstrasse direkt auf den Knoten Neuhof und die Berufsschule verhindern möchte. Beim Buchenweg haben wir ebenfalls ein Fahrverbot. Das sind die wenigen Strassen, die mit einem Fahrverbot versehen sind und diese sind aus Sicht des Stadtrats auch klar begründet. Alles weitere am 1. November. Danke vielmals.

Andreas Schmid (Stadtrat): Nur ganz kurz, Fabian du musst entschuldigen, ich bin vorher nicht ganz gestiegen, ich habe gemeint es hat etwas mit der Baustelleninstallation zu tun, darum habe ich nicht gerade gewusst, wo du bist. Ich möchte trotzdem kurz den Hinweis machen. Im Investitionsprogramm, welches wir heute verabschiedet haben, ist die Sanierung der Trockenplätze und des kleinen Trainingszelts für das Jahr 2026 angedacht.

Die Sitzung ist geschlossen.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Die Protokollführerin:

